

79

Sept./Okt. '99
15. Jahrgang
DM 3,00
ISSN: 1436-7823

Antifaz

**Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus**

für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit der Völker

Weitere Themen:

- Erdbeben in der
Türkei
- NATO-Protektorat
Kosovo
- Rudolf-Hess-
"Gedenkwochen"
- Internationaler
Antikriegstag
- Prof. Pfeifenberger
in Münster
- Abschiebeterror in
Deutschland
- News aus dem
Ruhrgebiet



**Titelthema:
Paul Wulf ist tot**

Inhaltverzeichnis

Editorial	3
Portrait	
Paul Wulf – Ein ehrlicher Anarchist und Antifaschist	4
Bericht	
Nicht nur die Erde bebte	11
Die Stimme Kurdistans	18
Internationaler Antikriegstag	27
„Rudolf-Hess-Gedenkwochen“	30
Cevat Soysal droht die Todesstrafe	32
Prof. Pfeifenberger darf nicht mehr lehren	38
Polizeiliche Schikanen statt Dialog	39
Dokument	
„Zwangssterilisiert“	9
Erklärung der PKK	40
Analyse	
Das NATO-Protektorat Kosova	14
Die Musik der „Neuen Deutschen Härte“	35
Aufruf	
Garbis Abschiebung verhindern	33
Kurznachrichten	
News aus dem Ruhrgebiet	42
Material	A-H

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnementsbedingungen:

Einzelabonnements/Jahr 27 DM
Förderabonnements/Jahr 30 DM

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM
5,5 cm	< 6 cm	< 60,-
5,5 cm	8-10 cm	60,-
10,5 cm	6-8 cm	75,-
5,5 cm	24 cm	120,-
7,7 cm	24 cm	150,-
16 cm	12 cm	150,-

Impressum

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle 2 Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch

Oerweg 28

45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/26345

ISSN: 1436-7823

Redaktionsanschrift:

Bert-Brecht-Zentrum

Herner Str. 43

45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/901923

Fax: 02361/21686

Redaktionssitzung:

Mittwochs ab 19 Uhr

Abonnenten- und Anzeigenkonto:

BLZ: 430 500 01

Konto-Nr.: 334 010 27

(Stichwort „AntifaZ“)

Sparkasse Bochum

Inhaber: K. Dillmann

Redaktionsschluß Nr. 80: 28.10.1999

EDITORIAL

Wir haben nur kurz diskutiert, ob wir in dieser Ausgabe von einem ungeschriebenen Gesetz abweichen, dass im Leitartikel einer Zeitung "das Wichtigste" aus dem politischen Zeitgeschehen sich widerspiegeln muss.

Diesmal weichen wir davon ab, denn unser Freund **Paul Wulf** ist tot, und ihm widmen wir den **Leitartikel der vorliegenden Ausgabe**.

Paul war kein "großer Vorsitzender" irgendeiner Partei, keiner, der "Weltgeschichte geschrieben" hat, aber einer, den seit den sechziger Jahren sicher der eine oder die andere auf irgendeiner Demo oder Veranstaltung gesehen hat, ohne ihn persönlich zu kennen.

Klaus Dillman, der seit Jahren einen mehr oder weniger regelmäßigen Kontakt zu Paul pflegte, hat den Artikel über Paul geschrieben: **"Ein ehrlicher Anarchist und Antifaschist"**.

Dass damit andere, wichtige, Berichte wegfallen, zum Beispiel über die aktuelle Entwicklung faschistischer Organisationen, über den Einzug der DVU in den brandenburgischen Landtag oder die alltägliche rassistische Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen und Sachsen-Anhalt, nehmen wir in diesem Fall in Kauf.

Stattdessen geht ein in der deutschsprachigen Ausgabe von *Evrensel* europa, herausgegeben von DIDE, erschienener Artikel ausführlich auf die **Erbebenkatastrophe und ihre politischen Folgen in der Türkei** ein, und ein weiterer Bericht von Klaus Dillmann beschäftigt sich mit der aktuellen Situation im **NATO-Protektorat Kosovo**.

Mit aktuellen Problemen deutscher Faschisten beschäftigt sich der Artikel von Stephan W. Born über die **"Rudolf-Hess-Gedenkwochen"** im August dieses Jahres, der gleiche Autor hält eine kritische Nachlese der Erfahrungen beim diesjährigen **"Internationalen Antikriegstag"** in verschiedenen Städten des Ruhrgebietes.

Noch nicht geschafft haben wir eine Analyse der Entwicklungen in **Indonesien und Ost-Timor**, obwohl schon vor Wochen das verlogene Zusammenspiel von UNO und indonesischem Militär bei der Vorbereitung des Referendums über die **Unabhängigkeit Ost-Timors** zu erkennen war.

Den dortigen Ausrottungsaktionen gegenüber der timoresischen Bevölkerung sieht die "Weltöffentlichkeit" ebenso tatenlos zu wie den Militäraktionen Russlands in Dagestan - in beiden Fällen haben die imperialistischen Staaten kein Interesse einzugreifen - im Falle Indonesiens, weil es sich - ähnlich wie bei der Türkei - um einen wichtigen Geschäfts- und Waffenpartner der NATO handelt, im anderen Fall, weil Russland noch nicht weit genug geschwächt ist, um es durch NATO-Militärschläge direkt zu attackieren.

Doch eins machen diese Beispiele selbst für den "Gutwilligsten" deutlich: Die angebliche "Verteidigung der Menschenrechte" im Kosovo durch die NATO ist heuchlerische und verlogene Propaganda. Scharping und Fischer, die sich während der NATO-Schläge gegen Jugoslawien in ihrer "Menschenrechts"-Rhetorik gegenseitig überboten, schweigen angesichts der Massaker in Ost-Timor, kein Waffenlieferungs-Vertrag wird gekündigt, zu der von Monitor bekanntgemachten **Ausbildung indonesischer "Sicherheitskräfte" durch den deutschen Geheimdienst MHD** schweigen diese "Menschenrechtler".

Diese Regierung hat inzwischen jeden Kredit verloren, eher am Rande sei vermerkt, dass auch die sogenannte **Altfall-Regelung gegenüber langjährig in Deutschland lebenden Flüchtlingen** keinerlei Erwähnung mehr findet. Stattdessen entwickelt sie Konzepte, arbeitslose "ausländische" Jugendliche, die einen Großteil der Jugendlichen ausmachen, für die kein Ausbildungsplatz zur Verfügung steht, durch **"Kriminalisierungs"-Strategien** loszuwerden.

Faschistische Forderungen wie die der *"sofortigen Anshebung von kriminellen Ausländern"* werden von dieser Regierung aufgegriffen und umgesetzt - gleichzeitig heuchelt man sein "Entsetzen" über den Einzug der DVU in Brandenburg.

Nur weiter so !

Für die Redaktion

WT

Paul Wulf - ein ehrlicher Anarchist und Antifaschist

Einige persönliche Erinnerungen

Schon äußerlich war Paul Wulf (geboren 1921) eine auffällige Erscheinung. Nicht daß er sich in den Vordergrund gespielt hätte. Er war eher zurückhaltend. Auffällig war die ausgemergelte Gestalt dieses vorzeitig gealterten Mannes mit dem langsam schlurfenden Gang, der sich bedächtig mit etwas linkischen und etwas eckigen Bewegungen im Straßenverkehr zu orientieren suchte und fast immer mühsam eine verschlissene, schon leicht aus dem Leim gehende, oft mit Papieren vollgestopfte Aktentasche mit sich herumschleppte. War früher, als er noch ein „armer Schlucker“ war, seine Kleidung schäbig und abgenutzt, so konnte er in den letzten Jahren, nachdem er seinen jahrzehntelangen Kampf um Entschädigung für ihm von den Nazis zugefügtes Leid erfolgreich zu Ende geführt hatte und zu einigem Geld gekommen war, fast schon adrett aussehen.

Paul Wulf ist mir seit fast 30 Jahren immer wieder einmal begegnet. Ich will mich hier bei den Äußerlichkeiten, durch die Paul auffiel, nicht weiter aufhalten - das haben andere zur Genüge getan. Er ist eine Ausnahmeerscheinung oder - wie der Psychologe Klaus Dörner sagte: „eine Institution für sich“. Ich lasse eine Freundin von mir zu Wort kommen, die er wiederholt in ihrem Domizil an der Mosel und später in Wiesbaden, in aller Regel ohne Vorankündigung, aufgesucht hat. Er hat sie gemocht und sich bei ihr wohlfühlt (und sie hat die Fotos gemacht, die diesen Artikel illustrieren). Bärbel, eine ehemalige Realschullehrerin, ist laut eigener Aussage kein politischer Mensch, sie sei Paul auf „rein menschlicher Ebene“ begegnet. Besonders aufgefallen sei ihr, daß Paul von fast schon kindlicher Sorglosigkeit etwa im Umgang mit seinem Geld und von einer merkwürdigen Unbeholfenheit z.B. in häuslichen Dingen gewesen sei (hier hatte ihm seine Schwester Agathe, die ihm den Haushalt führte, nahezu alles abgenommen). Als deutlichen Gegensatz dazu bemerkte sie, daß er einerseits über eine reichhaltige Kenntnis politischer und historischer Zusammenhänge sowie über phantasievolle Unbeirrbarkeit bei dem, was er wollte und für wichtig hielt, verfügte, andererseits aber so gut wie keine Schulbildung hatte.

An formaler Bildung besaß Paul in der Tat nicht viel: Er war als Kind einer kinderreichen Familie in ein Kinderheim gekommen, weil seine Familie (sein Vater hatte im Berg-

bau seine Gesundheit ruiniert und mußte 4 Kinder durchfüttern) ihn nicht ernähren konnte. Das war während der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre gewesen, als in Deutschland der Hunger umging. Das Heim hatte sich um schulische Belange seiner Insassen nicht gekümmert und mußte, nachdem es von einem anderen Kostenträger übernommen worden war, einen Teil seiner Kinder an ein anderes Heim abgeben, wo diese zusammen mit geistig behinderten Kindern erzogen wurden.

Pauls Rechtschreibung glich der eines Legasthenikers, und etliche Fremdwörter verwendete er falsch. Sein Lesehunger war jedoch ungeheuer stark.

Das, wofür er stand, war, was ihm angetan worden war. Er belegte es mit zahlreichen Ausstellungen über gleichgelagerte Fälle, aber er fand auch den Mut, sich selbst gleichsam als lebenden Beweis dafür zu präsentieren, beispielsweise im Geschichtsunterricht in Schulen. Und er hatte in seinem Kampf um eine Wiedergutmachung allen Widerständen zum Trotz schließlich Erfolg. Paul konnte ruhig und sachlich über sich selbst und das, was Erbgesundheits„ärzte“ in der Nazi-Zeit ihm angetan hatten, und seinen juristischen Kampf um Entschädigung sowie die politischen Hintergründe, die diesen so langwierig gemacht hatten (von 1949 bis 1988), berichten, und trotzdem merkte man ihm seine Betroffenheit in jedem Moment deutlich an. Er war somit ein glaubwürdiger Zeuge für einen speziellen Bereich der Verbrechen des

Nazi-Regimes - und ihrer jahrzehntelangen Vertuschung im (westlichen) Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.

Paul Wulf war ein lebender Beweis für das, was man seinerzeit gern unter Worthülsen wie „Erbgesundheitspolitik“ oder „Rassenhygiene“ betrieb: die Vernichtung von „lebensunwertem Leben“, von Menschen, die in ihrer körperlichen oder geistigen Entwicklung beeinträchtigt waren. Diese sollten im Namen einer solchen Politik entweder umgebracht oder zeugungsunfähig gemacht werden. Und diese „Eugenik“ war nicht bloß eine Politik der Nazis, auch führende Sozialdemokraten wie etwa der erste Ministerpräsident von Bayern nach dem Krieg, Wilhelm Hoegner, waren dafür.

Der für Pauls Schicksal entscheidende Satz im am 01.01.1934 in Kraft getretenen „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ lautete: „*Erbkrank im Sinne dieses Gesetzes ist, wer an einer der folgenden Krankheiten leidet: angeborenem Schwachsinn, Schizophrenie, zirkulärem (manisch-depressivem) Irresein, erblicher Fallsucht, erblichem Veitstanz, erblicher Blindheit, erblicher Taubheit, schwerer körperlicher Mißbildung. Ferner kann unfruchtbar gemacht werden, wer an schwerem Alkoholismus leidet.*“ (§ 1 Abs. 2 und 3)

Paul war als Kind fälschlich als schwachsinnig eingestuft worden und wurde als Jugendlicher im Alter von 16 Jahren zwangsweise sterilisiert, ein Schicksal, das er mit rund 350.000 Menschen teilen mußte.

Wie viele Kinder umgebracht wurden, darüber gibt es nur Mutmaßungen. Die Nazis teilten den Eltern in der Regel mit, ihr Kind sei an Lungentzündung oder Herzversagen gestorben - entsprechend war der Totenschein ausgefüllt -, sandten ihnen die Ascheurne zu, die sie ihnen ebenso wie die Kosten für die Feuerbestattung in Rechnung stellten, und sprachen ihnen ihr herzliches Beileid aus.

Ich habe mit Paul einmal (es muß Ende der 70er Jahre gewesen sein) den Friedhof von Niedermarsberg besucht und damals noch feststellen können, daß sehr viele Kinder am selben oder am folgenden Tag gestorben waren, ohne daß der Ort bombardiert worden wäre; diese Gräber kann man heute nicht mehr dort finden. Sie wurden kurz nach unserem ersten Besuch eingeebnet. Paul erzählte mir, die Kinder in dem Heim hätten sehr wohl begriffen, was mit ihnen geschehen sollte, und ein Arzt, der sie „abspritzte“ (Kinderjargon), hieß bei ihnen deswegen der „Menschenmetzger“.

Als entsprechende Übergriffe auch auf katholisch geführte Kinderheime ausgedehnt wurden, prangerte der Münsteraner Bischof (und spätere Kardinal) Klemens August Graf von Galen den Mord an behinderten Kindern in seinen Predigten an; diese Predigten machten auch in Schriftform die Runde. Der Nazi-Staat, der seine katholische Anhängerschaft nicht verlieren wollte - insbesondere nicht in der Wehrmacht -, da er sich bereits auf den Krieg vorbereitete, riskierte es nicht, den Bischof etwa der Verleumdung zu bezichtigen und zu inhaftieren (mit Leuten, die die Flugblätter verteilten, verfuhr man da weitaus härter) und verzichtete zunächst auf die Fortsetzung der „Aktion T4“ (Tarnbezeichnung für den Kindermassenmord).

Pauls Mutter, die möglicherweise durch Predigten des Kardinals von Galen auf den Kindermassenmord aufmerksam geworden war, hatte, nachdem sie 1937 versucht hatte, ihren Sohn aus der Anstalt Niedermarsberg freizubekommen, und die Anstaltsleitung ihr erklärt hatte, ei-

ner Entlassung könne nur bei vorheriger Sterilisation zugestimmt werden, darin eingewilligt, um ihm wenigstens das Leben zu retten. In einem Interview zum Film „Die nicht vorhersehbare Spätentwicklung des Paul W.“ erinnert sie sich: „Dann haben wir einen Bescheid bekommen, daß wir zu den Ärzten kommen



sollten... Darum - lieber das ... als in die Gaskammer, habe ich gesagt.“ Durch die Zwangssterilisierung hatten die Nazis Paul Wulf in seinem Leben eines wichtigen Bereichs der Persönlichkeitsentfaltung beraubt. Die seelische Verarbeitung des ihm zugefügten Leids, das er als Schändung und Schmach empfand, hatte ihn auch ein wenig weise gemacht. Paul hatte Humor.

Ehe ihm 1988 schließlich eine Entschädigung zugesprochen wurde, war ihm diese lange Zeit aufgrund eines Ablehnungsbescheides vor-enthalten worden, in dem es hieß: „Die früher durch den Anstaltsarzt der Provinzialheilanstalt Marsberg, Dr. Schneider, gestellte Diagnose 'angeborener Schwachsinn' (ersten Grades!) rechtfertigte die Anordnung der Unfruchtbarmachung. Bei dem Antragsteller ist dann allerdings eine nicht vorhersehbare günstige Spätentwicklung eingetreten, so daß die Diagnose nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Erfahrungsgemäß behaupten die Betroffenen, durch die Unfruchtbarmachung körperliche Schäden, die zur Arbeitsunfähigkeit oder Arbeitsbehinderung geführt haben sollen,

erlitten zu haben. Die Erfahrung des Wiederaufnahmegerichts lehrt, daß diese körperlichen Schäden durchweg simuliert werden.“ Ein von den Grünen gestellter Antrag auf Nichtigerklärung des Erbsundheitsgesetzes wurde noch am 06.05.1988 vom Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und

SPD abgewiesen, jedoch die damals durchgeführten Zwangssterilisierungen als „nationalsozialistisches Unrecht geächtet“ und den noch lebenden (rund 80.000) Opfern ohne Rechtsanspruch Geldleistungen zugesprochen, wenn ihr Lebensunterhalt anders nicht angemessen sicherzustellen sei.

Den Opfern war damit als humanitäre Leistung, sozusagen auf Ebene der Mildtätigkeit, etwas gewährt worden, was ihnen angesichts des an ihnen verübten Unrechts von Rechts wegen hätte zustehen müssen.

Meine Haltung zu Paul war zwiespältig: Er hat mich oft, wenn er unvermutet schellte, unter Zeitdruck angetroffen oder bei einer dringenden Arbeit gestört, für deren Erledigung ich später Nachtstunden geopfert habe, und ich mußte mich fast immer stark auf ihn konzentrieren. Böse sein konnte ich ihm deswegen jedoch nicht, vor allem weil seine Freude, mich zu sehen, so ungetrübt war und sich auch auf mich übertrug. Was ich an ihm zu schätzen wußte, war sein wacher, Institutionen wie Staat, Kirche, Parteien

(auch meiner eigenen) gegenüber sehr kritischer Geist und die Tatsache, daß er sich bei Schwierigkeiten nicht so leicht unterkriegen ließ.

Er kam gelegentlich mit alarmierenden Nachrichten, die ich zunächst nicht glauben konnte, die sich dann aber bestätigten, etwa über bundesweite Hausdurchsuchungen bei Antifaschisten, in deren Besitz bestimmte Bücher vermutet wurden.

Sein spitzbübisches Lächeln, wenn er mit leicht gesenktem Kopf über den Rand seiner Brille hinwegsah, verlieh ihm hin und wieder sogar einen leichten Hauch vom alten BB. Er ist jedenfalls einer von denen gewesen, die ihr Leben lang an der gerechten Sache, die sie einmal in Bewegung gesetzt hat, allen Irrungen und Wirrungen zum Trotz festgehalten haben, nicht nur um Gerechtigkeit für sich selbst zu erlangen, sondern auch für andere, denen wie ihm von den Herrschenden übel mitgespielt worden war. Und er gehört damit zum Kreis der wenigen, von denen Brecht einmal gesagt hat, daß diese Menschen für den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft unentbehrlich sind.

Paul war, auch wenn er nie in einem großen Industriebetrieb gearbeitet hat (er war Gartenarbeiter und frühberentet), Proletarier - und sich dessen bewußt. Er hatte nie die reale Möglichkeit, etwas anderes zu sein. Ein Kind von Traurigkeit war er nicht. Er wußte das Leben zu genießen. Eine Flasche Roten hat er stets geschätzt und auch die Möglichkeit, an Kuren teilzunehmen, weidlich genutzt, ohne sich allerdings den „Spielregeln“ des Kurbetriebes zu unterwerfen. Nachdem er die Möglichkeit hatte, kostenlos zu reisen, hat er davon ausgiebig Gebrauch gemacht und konnte so auch an etlichen Demonstrationen teilnehmen und Leute besuchen, die er kennenlernte. Aktionen der „Spaßguerilla“ konnten ihm ein diebisches Vergnügen bereiten.

Es gab gemeinsame Anlässe, bei denen wir uns nicht ganz zufällig begegneten. So etwa am Karfreitag in der Dortmunder Bittermark zum Gedenken an die Karfreitag 1945 von den Nazis im Rombergpark ermordeten Gefangenen - zuletzt noch

dieses Jahr. Außerdem besuchte ich ihn hin und wieder mal in Münster, viel häufiger aber er mich in Dortmund. Auch Pauls damals über 90 Jahre alte Mutter habe ich noch kennengelernt.

Da er es riskierte, unangemeldet nach Dortmund zu kommen, wird er sicher oft vor verschlossener Tür gestanden haben. Manchmal, wenn er vom Dortmunder Zeitungsarchiv einen Abstecher zu mir gemacht hat, wird das für ihn nicht so schlimm gewesen sein. Da er einfach bei mir zu Hause hereinplatzte, hatte ich oft nicht einmal etwas zu essen für ihn im Hause, weil ich mir zum Einkaufen keine Zeit genommen hatte. Er mußte sich dann - wie ich - mit „Kranenberger“ oder Tee begnügen. Das aber heißt nicht, daß er mir unwillkommen gewesen wäre, im Gegenteil: Er sprudelte meist von Informationen nur so über, die mich wiederholt später dazu bewegten, mich damit im Rahmen meiner Möglichkeiten politisch und journalistisch auseinanderzusetzen.

Paul setzte sich über bestehende Parteien unter denen, die für eine revolutionäre Veränderung der bestehenden Gesellschaft eintraten, hinweg und konnte daher gelegentlich Menschen miteinander in Verbindung bringen, die sich sonst kaum begegnet wären, da sie von sich aus kaum die zwischen ihren jeweiligen Gruppen bestehenden ideologischen Barrieren hätten überspringen können, Barrieren, die Paul nicht so recht ernst nahm und die er manchmal wohl auch nicht nachvollziehen konnte oder wollte. Er ließ sich weder im kommunistischen noch im anarchistischen Sinn festlegen, verstand sich dagegen jederzeit als Freidenker und Antifaschist. Paul schätzte besonders den anarchistisch-kommunistischen Schriftsteller Erich Mühsam, der an großen, mit materieller oder ideeller Macht über Menschen ausgestatteten Institutionen - etwa dem Staat (auch dem sowjetischen), einer Kirche oder einer Partei (einschließlich der Kommunistischen Partei) - selten mal ein gutes Haar ließ.

Ganz so hart war Paul in seinem Urteil jedoch nicht. Er sah in KPD/ML, KPD, KBW usw. nicht die Po-

panze, die einige andere darin erblickten, die sich vorher eifrig darin betätigt und dann nicht nur diesen Gruppen, sondern dem Kommunismus gleich mit den Rücken gekehrt hatten. Menschen, für die Kommunismus nicht „das Einfache, das schwer zu machen ist“, sondern eine Art Religion ist, an die man glauben oder die man bekämpfen muß. Das war Pauls Sache nicht. Solche Leute mochte er nicht, da warnte ihn sein durch hinlängliche Erfahrung am eigenen Leib geschärftes feines Gespür für Motive, die Menschen das eine sagen und anderes denken und tun lassen, vielleicht auch ein „proletarischer Instinkt“. Er nahm die Karrieren solcher „Ehemaligen“, wie sie sich beispielsweise unter den Grünen tummeln, sehr kritisch unter die Lupe. Auf Karrieremacher wie Joseph Fischer machte er schon früh aufmerksam, als der „Turnschuh“ im Bundestag noch flotte „linke“ Sprüche „klopfte“. Paul konnte zwar nicht genau sagen, was daran unecht war, aber er spürte, daß da „der Wurm drin“ saß. Daß dem Außenminister auf dem Grünen-Parteitag in Bielefeld, über den wir uns unterhalten haben, ein Transparent vor die Nase gehalten wurde mit dessen eigenen Worten aus früheren Zeiten: „Mit Verlaub, Herr Minister, Sie sind ein Arschloch“, hat Paul geradezu diebischen Spaß gemacht. Paul (sinngemäß): „Ich kenne den noch aus der Zeit - ich hab' ihn persönlich gekannt -, als er in Frankfurt unter den Spontis herumturnte und dann im Clinch mit der Jutta Dittfurth lag. Der war schon damals ein falscher Fuffziger.“

Pauls Unfähigkeit, sich gläubig einer Partei oder Gruppe zu verschreiben, traf sich mit meiner eigenen. Sie beruhte auf einigen bitteren Erfahrungen. Man ist nicht, wenn man sich dem Kommunismus verschreibt, schon ein besserer Mensch geworden. Und Humanität kann in großen (und auch kleineren, zum Kampf für eine bessere Welt entschlossenen) Organisationen auf den Hund kommen. Auch anarchistische Gruppen, denen Paul nahestand (etwa die libertären Kommunalisten), sind davon nicht ausge-

nommen. Das wußte Paul. Er drückte oft ungeniert aus, was er dachte, zuweilen auch auf die Gefahr hin, sich ins Unrecht zu setzen. Ein „Politiker“, darauf bedacht, eigene Positionen zu beschönigen, war er nie.

Er brachte mir meist Kopien aus Zeitungen mit, die er im Archiv gemacht hatte, sozusagen „Abfallprodukte“ seiner Ausstellungszwecken dienenden Kopiertätigkeit (wie etwa das Brecht-Gedicht „Kinderkreuzzug nach Bilgoray“, das er in der amerikanisch-deutschen Emigrantenzeitschrift *THE GERMAN AMERICAN* entdeckt hatte), oder war auf eine Zeitschrift oder ein neues Buch gestoßen, das auch mein Interesse weckte. Ich erinnere mich etwa daran, daß er mir das Buch „Die Rattenlinie“ nahegebracht hat, in dem beschrieben wird, wie Naziverbrecher z.B. unter Mitwirkung hoher kirchlicher Würdenträger in der „neuen Welt“ zu einer neuen Identität kamen. Über Paul lernte ich unter anderem auch die anarchistische Zeitschrift *SCHWARZER FADEN* kennen, die ich nach wie vor gern lese, während Paul gelegentlich wohl hauptsächlich zu mir kam, um mal wieder einen *ROTEN MORGEN* zu ergattern. Wir schenkten uns auch hin und wieder gegenseitig ein Buch. Und er verstand es, mir eines „abzuluchsen“, das ich gern behalten hätte, da es auf dem Büchermarkt nicht mehr zu bekommen war: „Aktion T4“ von Friedrich Karl Kaul. Dieser ehemalige Starnwalt der DDR behandelt darin das Thema, das Pauls aufdeckende und aufklärende Aktivitäten wesentlich bestimmt hat: die systematische Vernichtung von „lebensunwertem Leben“ in Gestalt von geistig oder körperlich behinderten Kindern durch die Nazis.

Als Paul 1991 auf Betreiben einiger Demokraten (federführend dabei war der Münsteraner Pfarrer der Evangelischen Studentengemeinde, Werner Lindemann) das Bundesverdienstkreuz verliehen wurde, hat ihn der Gedanke, daß ausgerechnet ein Staatsfeind wie er zu einer solchen Ehrung durch den deutschen Staat kam, köstlich amüsiert. Er spielte

auch mit dem Gedanken, noch einen draufzusetzen und die Amtshandlung der Verleihung (durch den damaligen Münsteraner Oberbürgermeister Jörg Twenhöven) dazu zu benutzen, diesen Orden öffentlich zu verweigern, hat davon jedoch mit Rücksicht auf diese Demokraten Abstand genommen. Es handelt sich vor allem um Kirchenleute, die sich darum bemüht haben, Pauls Kampf um Gerechtigkeit für sich und andere Zwangssterilisierte öffentlich zu unterstützen. Mit einer (gegen den Staat gerichteten) Annahmeverweigerung, die sie nicht verstanden hätten, hätte er sie vor den Kopf gestoßen. Werner Lindemann war immerhin dafür eingetreten, „das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14.7.1933 und sämtliche auf dieser Grundlage durchgeführten Zwangssterilisationen (...) als typisch nationalsozialistisches Unrecht (für) nichtig“ zu erklären und „alle Opfer von Zwangssterilisationen (...) für sämtliche gesundheitlichen und seelischen Folgeschäden durch laufende Zahlungen zu entschädigen.“

Paul fühlte sich, wenn er laut darüber nachdachte, wer sonst so alle bereits das Bundesverdienstkreuz verliehen bekommen hatte, (das tat er schon am Tag der Verleihung) in schlechter Gesellschaft und hat seinen Orden daher später auch nie mehr angelegt.

Am Tag seiner Bestattung sprach ich mit Pauls Arzt. Ich fragte ihn, warum nicht versucht worden war, Paul mit einem Herzschrittmacher auszustatten. Er ließ durchblicken (unter Wahrung seiner ärztlichen Schweigepflicht), daß angesichts der erheblichen Herzschwäche von Paul jederzeit mit seinem Tod zu rechnen gewesen sei und ein solcher Eingriff daher nicht mehr in Betracht gezogen worden sei. Ich selbst hatte die Vermutung geäußert und er nicht widersprochen.

Paul hat auf seinen schwachen Gesundheitszustand kaum Rücksicht genommen. Während der Demonstration gegen den NPD-Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung in Münster konnte sich Paul kaum auf den Beinen halten und machte auf mich den Eindruck, daß er bei

einem leichten Anrennelpeln sofort zu Boden gegangen wäre.

Als ich - angesichts einiger verdächtiger Gestalten, die sich innerhalb des Demonstrationzuges bewegten - spürte, daß trotz scheinbarer Ruhe eine härtere Auseinandersetzung zwischen den Antifaschisten und der Polizei drohte, sprach ich ihn auf seine Hinfälligkeit an, aber davon wollte er in dem Moment nichts wissen.

Insgesamt betrachtet, hat Paul es geschafft, nicht im Bett langsam dahinzusiechen, sondern quasi mitten aus seiner aktiven Tätigkeit herausgerissen zu werden. Er starb als ehrlicher Anarchist und Antifaschist, der entsprechend seiner Überzeugung gelebt hatte. Er hatte im Tod ein entspanntes Gesicht. Ein solcher Tod kommt für die, die mit ihm zusammengearbeitet haben, ungelegen - aber für den Betroffenen ist es der bessere Tod.



Dem toten Paul Wulf sagte ich am Grab, was ich dem lebenden zu sagen gescheut hatte: daß er mir oft ungelegen kam, aber nie unwillkommen war, und daß uns bei allen Unterschieden in der Auffassung eines gemeinsam war - was in dem Arbeitereinheitsfrontlied zum Ausdruck kommt: „Er will unter sich keinen Sklaven seh'n und über sich keinen Herrn.“

Klaus Dillmann

Veranstaltung

Am 05. November 1999 soll in den Räumen der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) Münster eine Gedächtnisveranstaltung für Paul Wulf stattfinden.

Dabei soll u.a. der vor etwa 10 Jahren für das WDF gedrehte Film „Die nichtvorhersehbare Spätentwicklung des Paul W.“ von Robert Krieg gezeigt werden. Robert Krieg wird auch einen Überblick über Pauls Biographie geben. Zum Kontext „Sozialhygiene“ und Vernichtung von „lebensunwertem Leben“ soll Prof. Klaus Dörner oder Dr. Karl Heinz Roth bzw. Götz Aly sprechen. Neben musikalischen Darbietungen durch Isabel Liphay (Controviento) und Buxi (?) aus Münster sowie dem Vortrag vergnüglicher Geschichten durch Reiner Scheppe soll jemand von der Antifa sprechen. Die Moderation liegt bei Pfarrer Werner Lindemann. Für das leibliche Wohl der Anwesenden wird gesorgt. Rechtzeitig zur Veranstaltung vorgelegt werden soll eine Broschüre, zu der jede(r) von Pauls Freunden und Freundinnen Dokumente und eigene Beiträge beisteuern kann. Kontaktperson dafür ist **Dr. Robert Krieg, Constantinstr. 80, 50679 Köln, Tel. 0221/882434, Fax 0221/818830**. Thomas Oelschläger wird zu einem späteren Zeitpunkt auch ein Buch über Paul Wulf herausgeben (Verlag Klemm & Oelschläger).

Das Vermächtnis von Paul Wulf wird von der Villa ten Hompel übernommen und aufbereitet.

In der Villa ten Hompel residierte von 1940 bis 1945 der Befehlshaber der regionalen Ordnungspolizei. In dem arbeitsteilig organisierten NS-Regime erfüllte diese Behörde ihre Pflicht: Sie trug mit ihren Erlassen, Befehlen und Handlungen erheblich zum Massenmord an Juden, Sinti und Roma bei und beschränkte sich dabei nicht auf reine Verwaltungsarbeiten am Schreibtisch.

Die Beamten, Angestellten und Dienstverpflichteten waren Täter, Mittäter, Mitwisser, Mitläufer, und viele von ihnen waren Münsteraner.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war in der Villa ten Hompel das Amt für Wiedergutmachung untergebracht.

Vor diesem Hintergrund wird die Villa ten Hompel ab Dezember 1999 als Stätte des Erinnerns, der Forschung und der historisch-politischen Bildung genutzt.

Das Institut Villa ten Hompel (Leiter ist Alfons Kenkmann) wird die Bücher, Fotos und Archivfunde von Paul Wulf auswerten und seine Lebensleistung würdigen. In der Villa befindet sich bereits eine **Sammlung Paul Wulf**, bestehend aus seinen Büchern (betreut von Volker Pade). Das Institut plant zum Sommer 2000 eine mehrmonatige Ausstellung über die Geschichte der Villa ten Hompel. Präsentiert werden sollen nicht nur Täter-, sondern auch Opferbiographien. Wer die Arbeit des Instituts unterstützen möchte, wird um eine Spende an den **Verein zur Förderung einer Erinnerungs-, Forschungs- und Bildungsstätte in der ehemaligen Villa ten Hompel** gebeten.

Kontonummer 33134, Stichwort: Paul Wulf, BLZ 400 501 50, Sparkasse Münster.

„ZWANGSSTERILISIERT“ BIOGRAPHISCHE NOTIZEN VON PAUL WULF

„Das Leben ist kurz, und doch hat sich für mich ein Schicksal angebahnt, das mir einen Lebenslauf bescherte, wie er mir durch meine Familie nicht vorgezeichnet war. Schon als Kind lernte ich ein Leben kennen, das aus den Fugen geraten war. Meine Eltern lernten schon frühzeitig die kapitalistischen Auswüchse kennen. Mein Vater war in den Jahren 1921 bis 1928 im Ruhrbergbau in der Zeche Ernestine in der Kokerei beschäftigt, wo seine Gesundheit angegriffen wurde. In jener 'gesegneten' Zeit, in der die Sozialdemokraten das Ruder in den Händen hatten. Die Regierung Severing, die so tat, als ob sie die Interessen der Arbeiter vertreten würde, war schon damals - so möchte ich sagen - der Folterknecht der arbeitenden Bevölkerung.

Frühzeitig lernte ich Dinge kennen, die ich damals noch gar nicht verstehen konnte. Mein Vater, der das Leben eines Bergarbeiters satt hatte, wandte sich der Stadt Münster in Westfalen zu. Hier hatte unsere Familie mit vier Kindern ganze zwei kleine Zimmer zur Verfügung. Da dies nicht so weiterging, wurde der Fürsorgeverband in Münster in Anspruch genommen. Ich kam nach Cloppenburg in ein Kinderheim, das St.-Vincent-Heim, das noch heute besteht. Das war 1928. Von meinem 7. Lebensjahr an war mein Leben nur noch der Heimerziehung unterworfen, was mich zu einem anderen Menschen machte. Ich lernte kritisch denken und ließ nicht alles willenlos über mich ergehen. 1932 war ein verheerendes Jahr für mich. Ich wurde, da sich der Kostenträger änderte, in ein Heim nach Westfalen, eine Anstalt für Geistesranke, verlegt. Daß hier die Rechtsauslegung vom damaligen Landeshauptmann, was mich betrifft, mißbraucht wurde, versteht sich schon daraus, daß nach dem damals gültigen Recht nur solche Kinder analysiert werden durften, die geisteskrank oder schwachsinnig waren. (...)

Mit dem Jahr 1935 traten die Nürnberger Gesetze in Kraft, was sich auf die Tätigkeit des Pflegepersonals auswirkte. Die Schwestern des Vincentiner-Ordens wurden von einer Welle der Diskriminierung erfaßt: den Sittlichkeitsprozessen. 1935, es kann auch 1936 gewesen sein, erschien ein berüchtigtes SS-Kommando in Arolsen, das uns Kinder fragte, ob die Schwestern uns sittlich mißbraucht hätten. Aber die Anwesenheit der SS-Banditen war nur von kurzer Dauer; was ich den zwei Ordensschwestern hoch anrechnen muß. (...) Als Vorbote der Euthanasie lief 1936 eine Aktion. Ich kann mich erinnern, daß einige Anstaltsinsassen durch Spritzen umgebracht wurden. Einer der Verantwortlichen war Dr. Kalde-

vey, der im Anschluß an diese Aktion die Gehirne der Getöteten zur Untersuchung nach Warstein brachte. Der dortige Arzt, Dr. Petermann, lehnte es jedoch ab, sich an dieser Leichenschändung zu beteiligen. So wußten wir Kinder schon frühzeitig, wohin die Reise ging und daß unser Leben in Gefahr war. Der damalige Anstaltsdirektor Dr. Kaldevey bekam von uns Kindern den Namen 'Menschenmetzger'. Man setzte uns auch rassischen Schikanen aus. Eine Kommission von Rasseforschern betrieb Zwillingforschung, welche bei den Nazi-Ärzten hoch im Kurs stand. Unter denen, die uns besuchten, war auch ein Dr. Groß, der die Rassenlehre als oberstes Gesetz der Blüte der deutschen Nation bezeichnete. Auch ich war mit meiner Schwester dabei.

Der entscheidende Monat war der November 1937. Meine Eltern stellten einen Antrag auf Entlassung aus dem St.-Johannis-Stift in Niedermarsberg, was aber ohne ein Erbgesundheitsverfahren nicht möglich war. Im Januar 1938 wurde von dem damaligen Erbgesundheitsgericht Arnberg festgestellt, daß ich angeblich schwachsinnig sei. So nahm es seinen Lauf, daß ich im März 1938 im Landeskrankenhaus Paderborn zwangssterilisiert wurde. Ich kann mich noch an den Tag entsinnen, als diese Aktion der Ärzte lief, weil es der Tag nach der Okkupation von Österreich war. Mit dem 'Sieg Heil! Sieg Heil!' bohrte sich das vernichtende Messer in meinen Leib. Durch diesen Eingriff wurde ich später ein eingefleischter Nazi-Gegner. Bis heute kann ich diese Leute nicht als Ärzte bezeichnen, höchstens als Gesundheitsinspektoren oder Rassezüchter. 1938 kam ich aus der Anstaltserziehung in die beschützende Werkstatt 'Westfalenfleiß'. Ich war mit meiner ersten Stelle nicht zufrieden und gab sie zwei Jahre später auf. Durch Fürsprache er-

hielt ich eine andere Stelle. 1941 arbeitete ich auf dem Fliegerhorst Lodenheide bei Münster und traf dort auf Widerstandskämpfer, die es ernst meinten und eine Gruppe aufzogen, wie Franz Wildemann, Jupp Höhner und viele andere. An dem Tag, als Italien kapitulierte, war es unsere Aufgabe, dieses kundzutun, was den damaligen Fliegerhorstleiter veranlaßte, mich in sein Büro zu zitieren: Was ich für Gerüchte in die Welt setzen würde. Aber es verlief im Sande. Meine Tätigkeit beschränkte sich auch in der folgenden Zeit auf die Wiedergabe von Frontnachrichten.

Viel Zeit ist seit 1945 vergangen, seit der Niederlage des nationalsozialistischen Regimes. Viele für mich grausame Jahre sind vergangen, in denen ich als in der Jugend Verfolgter ohne Rechtsanspruch in diesem Rechtsstaat übergegangen worden bin. Mit sechzehneinhalb Jahren wurde ich sterilisiert. Seit 1949 führte ich gegen diesen Rechtsstaat Prozesse, um meine Ansprüche geltend zu machen. Dabei mußte ich in all den Jahren erkennen, daß dieser Rechtsstaat in seinem Rechtsverständnis alles daransetzte, den Kreis der Sterilisationsgeschädigten auszuschließen - sei es durch die Ausrede, auch in anderen Ländern gebe es Sterilisationsgesetze, oder finanzielle Probleme würden eine Entschädigung unmöglich machen.

Aus diesen Gründen begann ich mir Gedanken zu machen, wer die Drahtzieher in unseren Rechtsinstitutionen waren, die eine Entschädi-

gung dieser Opfer verunmöglichten. Die ehemaligen Sonderrichter der Erbgesundheitsgesetze trugen in der Nachkriegsära dazu bei, Nazi-Gesetze für rechtskräftig zu erklären. Sonderbare Vertreter waren in Gesundheitsdezernaten anzutreffen, die alles daransetzten, die Zwangssterilisierten auszuschließen. So unterstand das Gesundheitsdezernat am Oberfinanzpräsidium Münster einem Amtsrichter a.D., der in Berlin Erbgesundheitsrichter gewesen war. Der verstorbene Arzt Dr. Martini, der früher Leiter der vertrauensärztlichen Stelle der Landesversicherungsanstalt war, bemerkte mir gegenüber, als ich ihn darauf aufmerksam machte, daß mir eine Entschädigung zustehe: 'Solange ich lebe, werden Sie keine Entschädigung bekommen!' Obwohl ich mich emsig bemühte, meine Rechte durchzusetzen, bestand für mich und die übrigen Sterilisationsopfer keine Rechtsgrundlage wie bei den rassistisch und politisch Verfolgten. Ich durchforschte die nationalsozialistischen Akten der Gesundheitsämter im Regierungsbezirk Arnsberg und stellte dabei fest, daß viele, die dieses Rassenregime im medizinischen Bereich im Regierungsbezirk Arnsberg unterstützt hatten, nach dem Kriege maßgebliche Stellen eingenommen hatten."

(Zitiert nach: Karl Heinz Roth <Hrsg.>, Redaktionskollektiv Autonomie: Erfassung zur Vernichtung. Von der Sozialhygiene zum „Gesetz über Sterbehilfe“. Verlagsgesellschaft Gesundheit, Berlin 1984, S. 7-9)

Anzeigen

SONNENBLUME
Naturkost . Naturwaren

 Springstr. 2, 45657 Recklinghausen
 am Hauptbahnhof
 Tel.: 02361 - 13 9 27, Fax: 18 42 24

Öffnungszeiten: Mo - Fr 9.00 - 18.30 Uhr
 Sa 8.30 - 13.30 Uhr

- Lieferservice ab 50,00 DM Bestellwert frei Haus
- Party- und Veranstaltungsservice
- Vollwertbuffets
- Getränke für Partys und Veranstaltungen auf Kommission "frei Haus"
- Große Auswahl an ökologischen Weinen
- Regelmäßige Weinproben
- Individuelle Beratung zur Vollwerternährung und anderen Ernährungsfragen
- Frisches regionales Obst und Gemüse aus kontrolliert biologischem Anbau
- Umfangreiches vegetarisches und glutenfreies Sortiment


 NATUR
 KOST & WAREN

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
 Hattinger Straße 188 44795 Bochum
 Tel. 0234/ 450590
 FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
 BIO-LAND-Getreide
 Eigene Mühle

Informationen
 Betrieb in Selbstverwaltung


 Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

NICHT NUR DIE ERDE BEBTE

Tiefer Riss zwischen Staat und Gesellschaft in der Türkei

Die blau uniformierten Gendarmen mit den schmucken, weißen Pistolentaschen ruhen im Schatten vor dem Polizeigebäude. Um sie herum ist hektische Betriebsamkeit: Hunderte, Tausende von Menschen, die sich als Dolmetscher andienen, für schwere Arbeiten, einen Laster anbieten, einen Bagger oder Geländewagen, Fähren aus Istanbul kreuzen ununterbrochen, die Autos und LKWs sind beladen mit Wäsche, Wasser, Maschinen, Lebensmitteln. Eine Elektrofirma betreibt eine große Suppenküche. Der türkische Großkonzern Koc ist mit einem Einsatz an Geräten und Leuten zugange, der den internationalen Rettungsmannschaften Respekt abnötigt. Eine private Zivilgesellschaft führt die Liste der identifizierten Toten.

In den Tagen extremer Not reichen Türken sich die Hände. Das Industriegebiet der Türkei ist u.a. Fabriksitz von drei internationalen Autokonzernen und der beiden größten europäischen Acryl- und Textilfaserhersteller. Viele Türken, die dort lebten und starben, zählten zur technischen Elite des Landes: zahlreiche Akademiker, gut ausgebildete Fachleute, der Kern der qualifizierten Arbeiterschaft.

Nur der Staat ist abwesend. Vor dem kleinen Fußballstadion von Yalova, das nun als Trümmerlandschaft daliegt, steht der türkische Armeechef, ein kleiner, rundlicher Herr mit weichen, verbindlichen Bewegungen. Den zwölf Männern aus verschiedenen Ländern, die abgerissen und mit Drei-Tage-Bärten vor ihm stehen, widmet er einige höfliche Worte, in denen der Begriff Danke nicht vorkommt. Dann legt er die Hand an die Mütze zu einem laschen militärischen Gruß und wünscht den Anwesenden noch einen erfolgreichen Aufenthalt.

Als der Armeegeneral davongewieselt ist, ergreift in der sprachlosen Runde ein finnischer Offizier das Wort: Weil das türkische Militär auch fünf Tage nach der Katastrophe immer noch nicht sagen kann, welche Schäden in der Region zu beklagen seien und welche Art von Hilfe benötigt werde, sei der heutige Tag der finnischen Rettungsequipe mit systematischen Erhebungen draufgegangen. Weil es von türkischer Seite keine weiteren Hinweise für Einsätze gebe, kündigt er den Rückflug seiner Rettungseinheit an.

Der Chef der spanischen Delegation sieht das ähnlich.

Wenn Yalova von allen größeren Städten dennoch diejenige ist, der bei weitem am meisten Hilfe zuteil wurde, liegt dies daran, dass ein junger Offizier des österreichischen Bundesheeres sich eine Stadtkarte besorgt hat. Er übernahm auf eigene Faust die Einsatzplanung, erstellte eine Liste der internationalen Hilfstrupps mit deren Stärke, Ausrüstung, Einsatzspezialitäten, teilte die Stadt in Sektionen auf. Er hat "die Rettung der Stadt übernommen", sagen die Bewohner.

Unterdessen stehen in Karamürsel, an der Küstenstraße zwischen Yalova und Izmit, die Militärs in sorgsam gebügelten Uniformen zu Dutzenden mit vorschriftsmäßig angelegten Maschinengewehren herum und blockieren die einzige freie Straße des Ortes. In den Zelten der staatlichen Hilfsorganisation Roter Halbmond liegen junge Offiziere und telefonieren aus Langeweile.

Nach Bekanntwerden der Katastrophe reagierten Länder wie Russland, Aserbeidschan, Griechenland, Schweden, Israel und die USA, auch die UNO und die EU, sofort: die benötigten Hilfsmittel seien bereits verladen, die Rettungsmannschaften abflugbereit. Die türkische Regierung aber ließ sich 24 Stunden Zeit, ehe sie die ersten Einheiten ins Land ließ - und die wurden noch stundenlang auf dem Flughafen von Istanbul festgehalten, bevor sie ihre Arbeit beginnen konnten.

Die USA hatten der türkischen Regierung

vorgeschlagen, drei Schiffe der 6. Flotte als "schwimmendes Krankenhaus" zur Verfügung zu stellen. Gesundheitsminister *Osman Durmu*, Mitglied der faschistischen MHP, reagierte abweisend: "*Nicht nötig.*" Abgewiesen wurde auch das Angebot Athens, ein komplettes Feldkrankenhaus mit Personal aufzubauen, ebenso die Angebote aus Aserbeidschan und Iran, Spezialeinheiten zur Bekämpfung des Feuers in der größten Raffinerie des Landes zu schicken. Auch Spezialisten der Brandbekämpfung aus Deutschland wurden unverrichteter Dinge wieder nach Hause geschickt. Die empörten Feuerwehrleute erklärten bei ihrer Abreise, die Leiter der staatlichen Raffinerie hätten sie ohne Begründung nicht arbeiten lassen.

In dem Tage nach dem Erdbeben gebildeten Krisenstab verhindern insbesondere Mitglieder der MHP alles, was ihnen politisch nicht korrekt erscheint. Die Hilfsangebote aus Griechenland, Armenien und dem Iran werden nicht angenommen, weil die Türkei diese Länder zu ihren Feinden erklärt hat. Über die Hilfe aus Italien wird fast nicht berichtet. Auch die Regierung in Rom ist zum Feind geworden, seit sie Öcalan kurzzeitig Unterschlupf gewährte.

Polizei, Armee und Behörden behindern aber auch die Selbsthilfe der Bürger. Die Jugendorganisation der Partei der Arbeit (EMEP) hatte in Derince eine Zeltstadt für 1500 Menschen errichtet. Darin wurden Kleider und Lebensmittel gesammelt und ausgegeben. Da kamen die Soldaten und untersagten die Verteilung der Hilfsgüter. Sie dürfen nur vom Krisenstab verteilt werden. Die Bewohner wurden wütend und fragten, wo der Staat denn bleibe. Dann kam der Bürgermeister von der Tugendpartei und erklärte: "*Ihr dürft hier nichts verteilen!*" Als die Zeltlagerleitung erklärte, dies sei eine freiwillige Einrichtung, sie werde ihre Arbeit fortführen, reagierten die Polizisten mit den Worten: "*Hey, wir sind der Staat, und ihr werdet tun, was wir euch sagen!*"

Auch ein Gespräch mit dem Krisenstab verlief ergebnislos. Am Ende beschlagnahmten die Soldaten den gesamten Bestand

an Kleidern und Lebensmitteln, transportierten ihn in den Krisenstab und fingen an, die Sachen an benachbarte Gebiete zu verteilen. Der EMEP-Vertreter *Namik Türker* wurde wegen unerlaubter Hilfeleistung verhaftet.

Die Unfähigkeit des Staates und seine Arroganz werden vielfach auf sein bisheriges Selbstverständnis zurückgeführt. Armee und Polizei sind so aufgebaut, dass ihre Gewaltfunktionen seit eh und je im Vordergrund stehen: die gewaltsame Unterdrückung von Unruhen, die Kontrolle und Gängelung der Bevölkerung. Die Organe für "zivile Sicherheit" und "Katastrophenschutz" sind schon lange nicht mehr in ihren eigentlichen Aufgabenfeldern tätig und dienen nur als Mechanismus, um die "Konterguerilla" zu decken. Eine andere Erklärung ist die völlige Entfremdung der Behörden von der Bevölkerung, sei es, weil sie bürokratisch völlig verknöchert sind, sei es, weil sie größtenteils korrupt sind und sich zwischen Parteien, Armee, Geheimdiensten und Bauindustrie eine abgeschlossenen Kaste gebildet hat, wo niemand dem anderen weh tut und man darauf bedacht ist, das eigene Gewaltmonopol nicht in Frage stellen zu lassen.

Seit 1903 gab es in der Türkei 76 große Erdbeben, bei denen weit mehr als hunderttausend Menschen ums Leben gekommen sind. Allein durch die Beben in den 90er Jahren starben

65 000 Menschen. Die Folgen, die sie zeitigten, sind keine Naturkatastrophe, sondern u.a. Ergebnis einer verfehlten Stadtplanung. In den Jahrzehnten zwischen 1943 und 1985 ergriffen die Regierungen gezielte Vorsichtsmaßnahmen gegen Erdbeben, die auch gesetzlich abgesichert wurden. Schäden sollten damit möglichst gering gehalten werden. In diesen Jahren wurden die gefährdeten Zonen registriert, das Bauministerium fertigte zusammen mit den Universitäten entsprechende Landkarten an. Für die Bebauung wurden Sondergesetze geschaffen.

Im Rahmen einer großangelegten Privatisierungswelle staatlichen Eigentums ab 1985 wurden all diese Gesetze jedoch ignoriert und "übersehen". Privatinvestoren



konnten nun bauen, wo und wie sie wollten. Die notwendigen Baugenehmigungen wurden unbesehen und haufenweise vor Kommunal- und Parlamentswahlen erteilt. Nach den Beben in Erzincan, Dinar und Adana verlangten Ingenieure, Seismologen und Architekten immer wieder, in den gefährdeten Gebieten keine neuen Baugenehmigungen zu erteilen. Die Regierung kümmerte dies nicht, sie schanzte den Bauunternehmern, die aus der Landflucht in der Türkei Profit schlagen wollten, die Aufträge gegen Schmiergelder zu. Nach den Beben im vergangenen Jahr wurden strafrechtliche Ermittlungen gegen Bauherren und technisches Personal eingeleitet - sie wurden nach kurzer Zeit wieder eingestellt.

Viele Menschen - SchülerInnen, StudentInnen, ArbeiterInnen, GewerkschafterInnen, Rentner und Erwerbslose - haben in wenigen

Tagen gelernt, selbst die Initiative zu ergreifen und nicht darauf zu warten, was die Obrigkeit sagt. Der Bürger hat einen Schritt in die Mündigkeit getan. Im industriellen Herzen der Türkei, das sich schon immer - im Gegensatz zum weit entfernten Ankara - als westorientiert sah, ist dem autoritären, auf das Militär gestützten Staat Türkei mit den Überlebenden der Katastrophe eine Gegnerschaft entstanden, die übrigens quer durch die industriellen Klassen geht. Viele sehen darin eine Befreiung vom als anachronistisch empfundenen türkischen Nationalismus und verbinden damit die Hoffnung, diese Emanzipation werde den Weg in die EU freimachen.

(aus: SoZ Nr. 18 vom 2.9.1999; der Beitrag stützt sich auf die deutschsprachige Sonderausgabe der Zeitung Evrensel, die von DIDF herausgegeben wird)

HILFE AUS ALLEN NUR DENKBAREN QUELLEN IST DRINGEND NÖTIG

Erdbebenhilfe - Spendenaktion

Wir wenden uns an die Medien und die Öffentlichkeit in Europa, um unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit und unsere Hilfe für die Opfer der tragischen Ereignisse in der Türkei anzubieten.

Zu diesem Zweck haben wir ein Sonderkonto eingerichtet. Wir möchten die Presse und alle humanitären Organisationen bitten, diese Kontonummer zu veröffentlichen und unsere Anstrengungen für die betroffenen Menschen auf diese Weise zu unterstützen. Gleichzeitig bitten wir auch alle Hilfsorganisationen, mit Geld- und Sachspenden zum Erfolg unserer Aktion beizutragen. Wir garantieren selbstverständlich, dass alle Geld- und Sachspenden vollständig an neutrale und unabhängige NGOs, die in der Türkei vor Ort tätig sind, weitergeleitet werden.

SPENDENKONTO:
Stichwort: Erdbebenhilfe
Konto: 214 122
BLZ: 574 514 10
Stadtsparkasse Linz am Rhein
Kontoinhaber: Heyva Sor a Kurdistan

Das NATO-Protektorat Kosova

Die NATO-Machthaber in Kosova sind untereinander nicht einig, was mit dem Land, das sie besetzt haben, geschehen soll. Angeblich wollten sie mit ihrer Besetzung seinen Verbleib im Rahmen der Bundesrepublik Jugoslawien sicherstellen, aber was sie tun, läuft auf das gerade Gegenteil hinaus. So z.B. die Kappung von Verbindungen zwischen Energieversorgungseinrichtungen und Telekommunikationsnetzen von Kosova und Serbien. Oder die Einführung der Deutschen Mark als offizieller Währung für Kosova. Auch die - bei bewußter Diskreditierung des gewählten Präsidenten der Republik Kosova, Ibrahim Rugova - zunächst geförderte UCK unter Hashim Thaqi läßt sich nicht widerstandslos ihre Waffen abnehmen. US-Diplomaten wie Richard Holbrooke erklären diese Organisation, die nicht so spurt, wie die NATO-Führung will, nunmehr für rassistisch. Und so bleibt die Frage: Soll ein neuer Kleinstaat entstehen, der ebenso wenig selbständig existieren kann wie etwa Bosnien, oder soll Kosova mit Albanien vereinigt werden? Das aber will die US-Regierung nicht, denn das hätte eine ihr unerwünschte Sogwirkung auch auf Makedonien. Wie man es auch dreht und wendet, die Lage auf dem Balkan ist instabil und wird bei jedem Lösungsansatz der Großmächte weiter destabilisiert. Und das ehemalige Jugoslawien zerfällt dabei in immer kleinere staatliche Gebilde. Vorerst sieht alles danach aus, als sollte das neue Protektorat Kosova auf unabsehbare Dauer verlängert werden - Spezialisten rechnen schon jetzt mit 30 und mehr Jahren.

Die Vertreibung geht weiter - mit anderen Vorzeichen

Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien war von den Regierungen, die für ihn verantwortlich sind, zunächst als zum Schutz der Menschen in Kosova notwendige humanitäre Aktion dargestellt worden. Doch die sich da als Friedensengel angemalt hatten, zeigten schon während des Bombardements immer deutlicher, daß es ihnen um die Menschen gar nicht ging, daß ihre Ziele also woanders liegen mußten. Die deutschen „Befreier“ etwa haben zur Verstärkung die Türkei zu Hilfe gerufen - und rund tausend im Kurdistankrieg erprobte türkische Soldaten helfen jetzt der Bundeswehr dabei, in Prizren das Heft in der Hand zu behalten.

Ja, die **Schröder-Fischer-Regierung** entdeckt sogar, daß die Türkei sich auf dem

Weg zur Demokratie befindet. Gewiß, mit ein paar Schönheitsfehlern. So soll es z.B. beim verkündeten Todesurteil gegen **Abdullah Öcalan** bleiben, auch wenn es vielleicht nicht vollstreckt wird. Aber warum muß man da immer so genau hingucken? Peinlich nur, wie sich der umworbene Bündnispartner zu den Opfern seiner Erdbebenkatastrophe verhält (siehe den Artikel dazu in dieser AntifaZ). Das sich Berufen auf „Demokratie“ schminkt sich eine Großmacht Deutschland nach ihrem ersten militärischen Waffengang (es wird ganz gewiß nicht der letzte sein) allmählich auch gegenüber der eigenen Bevölkerung ab. Hatte es bis zur Bundestagswahl noch viele Friedensbewegte gegeben, die geglaubt hatten, sich mit dem Stimmtettel für Frieden und gegen Krieg entscheiden zu können, so ist solchen Illusionen

inzwischen der Boden entzogen worden. Enttäuscht worden sind freilich nur die, die sich vorher hatten täuschen lassen. Etwa von einem **Rudolf Scharping**, der stolz darauf war, den Kriegsdienst verweigert zu haben, sich dann aber - nachdem er selbst der oberste Dienstherr der neuen deutschen Wehrmacht geworden war - als Kriegstreiber Nummer eins in Deutschland gebärdete und sich mit immer groteskeren Behauptungen eines Völkermordes lächerlich machte, um den von deutschen Tornados mitbetriebenen Mord an jugoslawischer Bevölkerung zu rechtfertigen. Und mit seinem hohlen Pathos, mit dem er eine Auschwitzlüge eigener Art nach dem Motto „Wir Deutschen haben Schlimmes in der Geschichte getan und haben dafür gebüßt, aber jetzt müssen wir - sozusagen als einen Akt von später Wieder-

gutmachung - noch Schlimmeres militärisch bekämpfen!" betrieb, perverserweise in der statistischen Beliebtheitskala unter den deutschen Politikern fast ganz nach vorn rückte.

Daß die Zahl der Flüchtlinge aus Kosova während des NATO-Krieges so drastisch in die Höhe kletterte, verdankte sich nicht allein einem (nicht zuletzt durch den militärischen Angriff der Westmächte) gesteigerten Vertreibungswillen seitens des Milosevic-Regimes, sondern auch dem kriegesischen Vorgehen der NATO selbst und in ihrem Gefolge der UCK. Zumindest jene - nicht wenigen - Kosova-Albaner, die nach Serbien geflohen sind, sind ein deutliches Indiz für letzteres. So gibt es heute (wie man am Antikriegstag auf dem Dortmunder Friedensplatz erfahren konnte) allein in der Dortmunder Patenstadt Novi Sad nicht nur 22.000 serbische Flüchtlinge aus Kosova zu betreuen, sondern auch rund 8.000 albanische.

Während die hiesigen Medien früher bei jedem neuentdeckten Massengrab zunächst unterstellten, die Toten seien Albaner, die Mörder also Serben, ist man inzwischen in dieser Hinsicht sehr viel vorsichtiger geworden. Vieles deutet darauf hin, daß der Süden von Kosova heute ebenso „serbenfrei“ gemacht wird, wie der Norden von Kosova „albanerfrei“ gemacht wurde. Das Protektorat Kosova ist bevölkerungsmäßig nahezu zweigeteilt. Der Haß beider Bevölkerungsgruppen gegeneinander macht diese, wo sie im selben Gebiet le-

ben, nahezu unregierbar. Die Neueröffnung von Schulen beispielsweise zeigt, daß es noch lange dauern wird, ehe Serben- und Albanerkinder in denselben Klassenräumen sitzen werden.

Gefährliche Rivalitäten in der NATO

Die demonstrierte Einheit der NATO-Verbündeten während des Bombardements war in Wirklichkeit nicht vorhanden. Insbesondere zwischen den USA und dem stärksten NATO-Partner in der Europäischen Union, Deutschland, bestanden deutliche Differenzen. Das fing schon bei der Bestimmung der zu bombardierenden Ziele an. Hier ließen die USA, die den Löwenanteil an Militärs stellten, eine Kontrolle der von ihnen als militärisch bestimmten Ziele durch die anderen NATO-Partner nicht zu. Angesichts der militärischen und kommunikationstechnischen Überlegenheit der USA hat sich der deutsche Imperialismus noch einmal den Vorgaben der USA gefügt, wenn auch mit deutlicher Kritik. So machte von den USA befohlene Bombardierung der Donaubrücken von **Novi Sad** militärisch keinen Sinn, sie ergab sehr wohl dagegen bei Betrachtung der wirtschaftspolitischen Rivalität zwischen den USA und der Europäischen Union einen Sinn: Durch die Unterbrechung des Lastschiffverkehrs auf der Donau gerät die Europäische Union gegenüber den USA ins Hintertreffen. Ein mögliches Arrangement mit dem Milosevic-Regime wegen des Schiffverkehrs wird damit wirtschaftspolitisch entwertet. Die Isolierung

des Milosevic-Regimes soll dabei nicht so sehr die Serben treffen, als vielmehr Rußlands Ambitionen auf dem Balkan (etwa seinen Drang zum Mittelmeer) bremsen. Ganz in diesem Sinne ist auch die Bombardierung von Montenegro zu verstehen; dieses Land, dem man eine Vertreibung von Albanern nicht anlasten konnte, sollte offenbar so zur „freiwilligen“ Lostrennung von Jugoslawien gedrängt werden, um Jugoslawien völlig vom für seine Industrie lebensnotwendigen Erdöl abzuschneiden und dem hinter ihm stehenden Rußland den möglichen Zugang zum Mittelmeer zu verwehren. Daß der Kleinststaat Montenegro mit seinen gerade mal 600.000 Einwohnern allein nicht existenzfähig ist, erscheint dagegen zweitrangig. Die dortige prowestliche Regierung **Djukanovic** möchte daher zwar die Trennung verhindern, zugleich aber in einen Plan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes einbezogen werden. Der Krieg gegen Jugoslawien ist militärisch vorerst beendet, wirtschaftlich ist er es noch keineswegs. Die Belgrader Trumpfkarte der NATO, **Zoran Djindjic**, zieht jedoch nicht mehr so wie vor dem Krieg, von **Vuk Draskovic** mit seinem Zickzackkurs gar nicht erst zu reden.

Das Verhalten gegenüber Rußland macht die Widersprüche innerhalb der NATO offenkundig. Als ein Kontingent von 200 in Bosnien stationierten russischen Soldaten nach Einstellung des Bombenkrieges am 11./12. Juni den Slatina-Flughafen

von Prishtina besetzte, gab der NATO-Oberbefehlshaber **Wesley Clark** britischen und französischen Soldaten, die seinem Kommando unterstanden, den Befehl, die Russen zu vertreiben. In der amerikanischen Zeitschrift *Newsweek* heißt es dazu: „Am Ende des Krieges war Clark so versessen darauf, die Russen vom Flughafen von Pristina fernzuhalten, daß er Luftangriffe anordnete, um ihnen das Gebiet abzunehmen. General **Michael Jackson**, der britische Befehlshaber der Kosovo-Friedenstruppe, führte Clarks Befehle jedoch nicht aus. Daraufhin ersuchte ein frustrierter Clark **Admiral James Ellis Jr.**, den amerikanischen Offizier, der für das NATO-Kommando Süd verantwortlich war, Hubschrauber auf den Landebahnen landen zu lassen, um die großen russischen Iljuschin-Transporter an ihrer Nutzung zu hindern. Ellis weigerte sich und meinte, Jackson wäre damit nicht einverstanden. 'Ich werde für Sie nicht den Dritten Weltkrieg anfangen', sagte Jackson später zu Clark. Jackson wie Clark riefen ihre politischen Führer zu Hause an. Jackson erhielt Unterstützung, Clark nicht. Praktisch wurden seine Befehle als oberster Befehlshaber übergangen.“

Exkurs:

„**Schurkenstaat Serbien**“ Während des gesamten Krieges hatte der NATO-Oberbefehlshaber Clark auf ein möglichst aggressives Vorgehen gedrängt, unge-

achtet der möglichen Opfer unter der Zivilbevölkerung. Seine Rechtfertigung besteht offenbar darin, daß für ihn **Serbien ein „Schurkenstaat“** ist, was er in einem Interview so begründet hat: „Es ist schon seit 5 oder 6 Jahren ein Schurkenstaat. Zumindest bewegt es sich in eine Richtung, in der es von den internationalen Finanz-Einrichtungen abgeschnitten ist, weil es sich mehr oder weniger unkooperativ gegen-



Albanischer Bauer auf der Flucht

über seinen Nachbarn verhält...“ Mit anderen Worten: Serbien beugt sich nicht den wirtschaftlichen Interessen der internationalen Finanz-Einrichtungen. Clark weiter: „Wir finden zunehmend Beweise für eine serbische Einmischung in die Angelegenheiten des eigenständigen Staates Bosnien-Herzegowina.“ Also: Serbien ist so unkooperativ, daß es fremde Einmischung bei sich nicht zuläßt, mischt sich aber

in die Angelegenheiten eines zur Zeit faktisch unter UNO-Verwaltung stehenden Staatsgebildes ein. Da es somit ein „Schurkenstaat“ ist, muß die NATO in die inneren Angelegenheiten Serbiens eingreifen, denn die NATO ist per Eigendefinition gut, und wer sich ihr widersetzt, kann daher nur böse sein. Das liegt auf derselben Ebene wie etwa die Erklärung der US-Außenministerin **Madelaine Albright**, daß nicht die UNO

die Kriterien dafür bestimmen darf, wann die NATO in die inneren Angelegenheiten eines Staates eingreifen darf, sondern die NATO der UNO solche Kriterien vorgeben muß. (Die NATO ist für die westlichen Großmächte eben zur Zeit das „bessere“ Instrument, wohl auch weil bei ihr der Entscheidungsprozeß etwa bei der Bestimmung von „Schurkenstaaten“ weniger schwerfällig ist. Nach Auffassung der US-Regierung sind „Schurkenstaaten“ etwa Kuba, Nordkorea,

Iran, Irak, Sudan und Libyen. Es sind Staaten, bei denen sich der Weltgendarm USA das Recht eines jederzeitigen unangekündigten Eingreifens einschließlich solcher Akte wie der vorsorglichen Bombardierung von Medikamentefabriken vorbehält.)

Der Hintergrund für die mangelnde Kooperation Serbiens ist in einem Zusammenhang zu sehen, der lange Zeit für die Einheit Jugoslawiens för-

derlich war, sich aber in dem Maße, in dem Jugoslawien auseinanderbrach, als störend erwies: Unter den Bevölkerungsgruppen der Föderativen Sozialistischen Republik Jugoslawien war die serbische die zahlenmäßig stärkste. Als ein Gegengewicht dagegen waren die Grenzen der verschiedenen Republiken der Föderation so gezogen worden, daß große Teile der serbischen Bevölkerung außerhalb des Gebietes der Sozialistischen Republik Serbien wohnten; im Gegenzug dazu gehörten zur serbischen Republik einige Gebiete mit teilweise bis überwiegend nicht-serbischer Bevölkerung - letzteres traf insbesondere auf Kosova zu, wobei der Status der albanischen Kosovaren durch den Autonomiestatus im Rahmen Jugoslawiens gesichert sein sollte, bis in einer nach 1945 zunächst angestrebten Balkanföderation die Grenzen zwischen Jugoslawien, Albanien und Bulgarien gefallen sein würden. Diese kam bekanntlich - dank des Kalten Krieges und der Sonderrolle Jugoslawiens dabei - nicht zustande. Mit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes jedoch wurden „die Karten neu gemischt“. Die Respektierung der staatlichen Einheit Jugoslawiens durch die Großmächte gehörte nunmehr der Vergangenheit an. Gefördert wurden die Tendenzen zum Auseinanderbrechen, dem ein wirtschaftlicher Niedergang voranging, wobei Jugoslawien nicht mehr in der Lage war, eingegangenen Schuldverpflichtungen aus eigener Kraft nachzukommen, und

der Druck in Richtung Systemveränderung sich rapide verstärkte.

Im Zuge des durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) dem verschuldeten Jugoslawien verordneten „Sanierungskonzeptes“, das weitgehende Einschnitte ins soziale Netz und die Stilllegung zahlloser nach den Kriterien der Weltbank als bankrott betrachteter Betriebe vorsah (wobei innerhalb von 2 Jahren - 1989/1990 - rund ein Viertel der 2,7 Millionen zählenden jugoslawischen Erwerbsbevölkerung erwerbslos wurde und in hoffnungsloser Armut zu versinken drohte), versuchten die herrschenden Eliten in den Teilrepubliken, ihre Machtbasis durch den Appell an die nationalen Interessen der jeweiligen Bevölkerungsgruppen zu erhalten, nationale Interessen, deren Verfechtung den plötzlich in den Konkurrenzkampf geworfenen, darauf psychisch nicht vorbereiteten Menschen Schutz und Sicherheit zu bieten schien. Die bis dahin als Bindeglied dienende serbische Bevölkerung in den Teilrepubliken wurde damit mehr und mehr zu einer störenden Minderheit; ihr Status in diesen Republiken wurde immer weniger sicher. Der sich als Reaktion daraus ergebende serbische Nationalismus fühlte sich folglich nicht nur für das Gebiet der Republik Serbien zuständig, sondern forderte auch solche Gebiete, in denen die serbische Bevölkerung jeweils als kompakte Minderheit lebte. In dem Maße, wie Jugoslawien auseinanderdriftete und Serbien diese nationalen Interessen be-

trieb, erwies sich für den serbischen Staat die albanische Mehrheit in Kosova als Bedrohung seiner eigenen territorialen Integrität, wobei zugleich ein Teil des albanischen Nationalismus dort auf eine Vereinigung von Kosova mit Albanien drängte. Während insbesondere Kroatien nicht bereit war, die serbische Minderheit in seinem Territorium zu respektieren, und Bosnien zusätzlich zu einem Zankapfel zwischen der serbischen und kroatischen Gruppe wurde, gewährleistete die Republik Makedonien ihren in etwa gleichstarken drei Bevölkerungsgruppen (Griechen, Serben, Albanern) gleiche Rechte. Die Trennung Makedoniens von Jugoslawien verlief daher bereits in einem frühen Stadium relativ problemlos, während es zwischen Jugoslawien/Serbien und der Republik Kroatien zu kriegerischen Auseinandersetzungen kam, die sich im Gerangel um den von UNO und NATO künstlich aufrechterhaltenen, aus eigener Substanz nicht lebensfähigen Staat Bosnien-Herzegowina besonders zuspitzten. Dies ist - grob gesagt - ein wesentlicher Hintergrund für die „mangelnde Kooperationsbereitschaft“ Serbiens gegenüber den internationalen Finanzinstituten. Den Niedergang der Rechte der Arbeiterklasse dagegen teilt Jugoslawien mit allen Ländern Osteuropas - und dieser Niedergang wirkt sich in zunehmendem Maße auch auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiter in Westeuropa aus.

Klaus Dillmann

DIE STIMME KURDISTANS

Sivan Perver in Recklinghausen

Neben Konzerten in Bochum, Dortmund und Essen gab Sivan Perver am 21. August auch in Recklinghausen im Rahmen des "Fest der Weltkulturen" ein vielumjubeltes Gastspiel.

400 BesucherInnen, überwiegend Kurden und Türken, aber auch zahlreiche Deutsche, waren fasziniert von seinem Auftritt.

Viele Mitglieder und Freunde des "Internationalen Freundschaftsvereins (IFV)" waren ebenfalls dort, um der "Stimme Kurdistans" zuzuhören, Gespräche mit alten und neuen Freunden zu führen, mit den Kindern zu spielen und sich in die Gruppen der zahllosen Tänzer aus dem Publikum einzureihen. Die Begeisterung war groß. Sivans Auftritt verzögerte sich lange, da sich Schlangen von Kurden bildeten, die vor Beginn des Konzerts ein paar Worte mit ihm wechseln, ihm die Hand schütteln oder sich mit ihm auf einem Erinnerungsfoto abbilden lassen wollten.

Dann ging es endlich los, und Freude und Heiterkeit waren vermischt mit einem Gefühl von Trauer, wenn Perver in seinen Balladen von den jahrhundertealten Leiden seines Volkes berichtete. Er erläuterte manche seiner Lieder auch in deutscher Sprache und kam auch auf das Erdbeben in der Türkei zu sprechen, eine *"Katastrophe, die aus-*



nahmsweise nicht vom türkischen Staat verursacht" wurde.

Sivan gilt als eine der zentralen Integration-

spersonen der KurdInnen im europäischen Exil, da er sich nicht einer der verschiedenen kurdischen Organisationen zuordnet, sondern parteiübergreifend auf kurdischen und türkischen Festivals und Veranstaltungen auftritt. Die 'offizielle' Politik in Recklinghausen nahm von seinem Auftritt keinerlei Notiz, immerhin berichtete die örtliche Presse einigermaßen ausführlich.

Bülent Ulurak(Internationaler Freundschaftsverein)

DIE VERTREIBUNG DER ALBANER

(Teil 2)

von Professor Dr. Vasa Cubrilovic

Der Bevölkerungsprozess der ausgesiedelten Gebiete (Fortsetzung)

Unserem Recht zufolge genießt die Frau bei uns nicht das Recht, Boden zu erben.

Um die Zerstückelung des kleinen Bodens zu verhüten, müssen die Frauen von der Erbschaft kolonisierten Bodens ausgeschlossen werden, außer in Fällen, wenn der Kolonist keine männlichen Nachkommen hat oder beabsichtigt, einen Schwiegersohn ins Haus zu holen. Die Besitzungen, die den Kolinisten bisher überlassen wurden, sind klein gewesen. Wenn wir uns die extensive Bodenbearbeitung vor Augen halten, das Fallen der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, die große Kinderzahl bei den Kolonisten, so ist eine Wirtschaft von 5-10 Hektar nicht in der Lage, dem Kolonisten Voraussetzungen für eine gesicherte wirtschaftliche Entwicklung zu geben.

Es ist günstiger, wenn sich in einem Gebiet eine kleinere Zahl Kolonisten mit besseren Entwicklungsbedingungen niederläßt als eine große Anzahl halbproletarischer Bauern. Das letztere ist ebenso eine der wichtigsten Ursachen für den Mißerfolg unserer bisherigen Kolonisation im Süden und Norden.

Selten verfügt ein Volk unter derart schwierigen Bedingungen über ein dermaßen anpassungsfähiges Element für die Kolonisation wie wir. Und auch die geringen Erfolge, die wir bei der Kolinisation zu verzeichnen haben, wurden wegen dieser Kolonisationsqualitäten unserer Rasse erzielt. Allein unser Bauer, verstreut über Wälder und Brachland, von einer Gegend in die andere ziehend, war in der Lage, unter solch schwierigen Umständen zu leben. Zu welchen Leistungen wäre er erst imstande gewesen, wenn der Staat ihm das gegeben hätte, was eigentlich seine Pflicht gewesen wäre.

Am 10. Februar 1865 erließ die Regierung Knjaz Mihailo das "Gesetz über die Kolonisation Serbiens mit Fremden". Diesem Gesetz zufolge gab die serbische Regierung den armen Kolonisten der Nachbarländer 3 Jutra (Jutra=0,6 Hektar) Ackerland und 3 Jutra Brachland, ein Haus, zwei Ochsen, ein Fuhrwerk, zwei Ziegen oder Schafe, eine Sau, die erforderlichen Arbeitsgeräte und 120 Groschen bar auf die Hand. Darüberhinaus selbstverständlich Mais als Nahrung bis zur ersten Ernte. Jede zweite Familie erhielt einen Pflug. Die bewegliche und unbewegliche Habe wurde den Kolinisten zur Nutzung überlassen, wobei sie allerdings bis zu 15 Jahre lang nicht verkaufen durften. Nach dieser Frist ging sie in ihr Eigentum über. Für fünf Jahre wurden die Kolonisten von sämtlichen Abgaben gegenüber dem Staat befreit; für zehn Jahre waren sie von der allgemeinen Wehrpflicht in der regulären Armee bzw. für fünf Jahre vom Dienst in den militärischen Volkseinheiten befreit. Das Echo von allen Seiten war

dergestalt, dass sich in einigen Monaten alle Orte füllten und damals mehr kolonisiert wurde, als wir in einigen Jahren nach dem Krieg bewerkstelligen konnten.

Wenn der Staat den Kolonisten diese Vergünstigungen nach 1918 eingeräumt hätte, wäre unsere Lage sowohl in der Vojvodina als auch in Südserbien anders. Auf diese Weise müssen wir in Zukunft handeln, wenn wir Erfolg haben wollen.

Lehrreich ist auch die Kolonisationsart von Toplica und Kosanica, nach 1876, als aus diesen Gebieten Albaner umgesiedelt wurden. Ein Gesetz vom 3. Januar 1880 regelte die Kolonisationsart dieser Gebiete. Am 3. Februar desselben Jahres billigte die Volksskupschtina ein Gesetz über die Regulierung der Agrarverhältnisse nach dem Prinzip "*Den Boden dem Bauern*". Ohne irgendeine Schwankung nahm Serbien seine erste ausländische Anleihe auf, um der Türkei den zur Verfügung gestellten Boden zu bezahlen. Es schuf weder ein Agrar-Reformministerium noch einen kostspieligen Apparat für die Frage der Kolonisation, sondern vollzog alles einfach und auf praktische Weise. Die Polizeiorgane gaben all jenen Boden, die arbeiten wollten. Es kamen Einwohner aus Montenegro, Sjenica, Kosovo, Pec usw., und 30 Jahre nach 1878 gaben Toplica und Kosanica, einstmals berühmte albanische Gebiete, Serbien in den Kriegen 1912 bis 1918 das beste Regiment, das 11. Eiserne Regiment. Toplica und Kosanica haben mit dem Blut ihrer Söhne jene zehn Millionen Dinar bezahlt und überbezahlt, die Serbien einstmals für seine Kolonisation verausgabt hatte.

Nur wenn wir dieses Beispiel beherzigen, nur wenn wir verstehen, was verlangt wird, nur wenn wir weder Geld noch Blut scheuen, wird unser Staat aus Kosovo und Metohija ein Neu-Toplica schaffen können.

Also müssen wir den Kolonisten innerhalb einiger Jahre alle Lebensbedingungen sichern, wenn wir wollen, dass sie dort bleiben. Mitleidlos müssen alle Spekulationen mit den Häusern und dem Boden der ausgesiedelten Albaner erstickt werden. Der Staat muss sich das uneingeschränkte Recht vorbehalten, über die bewegliche und unbewegliche Habe der Vertriebenen zu disponieren: sofort nach ihrer Entfernung müssen sich dort Kolonisten niederlassen. Dafür muss schon deshalb gesorgt werden, da es nur selten passieren dürfte, dass ein ganzes Dorf auf einmal umgesiedelt wird. In diese Dörfer müssen zuerst Montenegriner gebracht werden, als arrogante, aufbrausende und gnadenlose Menschen, die mit ihrem Benehmen die gebliebenen Albaner zwingen werden umzusiedeln. Danach können auch Kolonisten aus anderen Gegenden geholt werden.

In diesem Referat wird nur das Problem der Kolonisation Südserbiens behandelt. Nicht weniger wichtig für uns ist das Problem Vojvodina, insbesondere das Problem des ungarischen Dreiecks in Backa-Senta, Kula und Backa Topola. Dieses Dreieck in der Vojvodina zu zerschlagen, würde dasselbe bedeu-

ten wie die Zerschlagung des albanischen Blocks um die Sar Planina. Nach der Zerstreuung dieser Großgrundbesitzer blieben dort einige Zehntausend ungarische Landarbeiter, die zum größten Teil auf dem serbischen und deutschen Mittelbauern der Vojvodina lasten. Diese ungarischen Arbeiter und Kleineigentümer, und sogar die deutschen, müssen teilweise in den Süden überführt werden, weil sie in Backa, an der Grenze mit Ungarn, eine Gefahr darstellen, vor allem, da die Serben in Backa nur 25 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Indem sie in Südserbien ihr Eigentum vor Albanien schützen, werden sie sich in gute Bürger verwandeln, werden sie mit unseren Massen verschmelzen und ihnen, was sehr wichtig ist, als Vorbild bei der fortgeschrittenen Feldarbeit dienen, denn sie sind kulturell schon weiter und auf einem höheren Niveau als die Unsrigen. In besonderer Weise betonen wir, dass nicht die Serben der Vojvodina in den Süden zur Kolonisation geholt werden dürfen. In der Vojvodina gibt es noch Boden zur Kolonisation, deshalb muss man ihnen dort Boden geben. Wir betonen ebenso, dass in den Jahren 1928 bis 1929 bei den Ungarn und Deutschen der Vojvodina eine Bewegung zu verzeichnen war, nach Südserbien umzusiedeln, doch unsere Öffentlichkeit, die nicht auf der Höhe der Probleme stand, erhob sich gegen sie und erstickte diese Bewegung im Keim. Ein weiterer Vorstoß in diese Richtung muss verhindert werden; unsere öffentliche Meinung muss instruiert werden, die Umsiedlung der Ungarn und Deutschen aus der Vojvodina, insbesondere von Backa in den Süden, zu unterstützen.

Die Kolonisationstechnik

Von besonderer Bedeutung für die Lösung der diskutierten Frage ist die Existenz eines Apparats, der alle Arbeiten leiten soll. Auf der schlechten Arbeit des Apparats, der bis jetzt unsere Kolonisationspolitik umgesetzt hat, beruht ein guter Teil unserer bisherigen Mißerfolge. Damit dies in Zukunft vermieden wird, muss eine Neuorganisation durchgeführt werden.

Keine andere Frage verlangt soviel Kontinuität bei der Umsetzung wie die Kolonisation. Wir haben betont, dass eine der wichtigsten Ursachen für den Misserfolg unserer Kolonisation im Norden wie im Süden die inkonsequente Arbeit und die Änderung der Politik je nach Regierungswechsel war. Um dies in Zukunft zu vermeiden, muss die Kolonisation dem Generalstab anvertraut werden, einfach aus Verteidigungsgründen. Unsere Armee ist interessiert, dass sich an den Grenzen, insbesondere an den heiklen Grenzen, ihre eigenen Elemente niederlassen. Deshalb wird sie nichts unversucht lassen, durch eine möglichst effektive Kolonisation die Grenzen zu sichern. Der Generalstab als primäre Einrichtung der Verteidigung der nationalen Interessen kann unserer ganzen Kolonisationspolitik unschätzbare Dienste erweisen. Der Generalstab wird die Umsetzung der Kolonisationspolitik aufs beste vor privaten Vermittlern, Gewinnsüchtigen und vor jedem äußeren Einfluss zu schützen wissen.

Von Bedeutung ist auch die Tatsache, dass er es leichter haben wird, die Verantwortlichen von der Bedeutung der Frage zu überzeugen, um sie dazu zu bewegen, wirkungsvolle Entscheidungen zu treffen. Auch die Volksskupschtina wird ihm Vertrauen schenken und wird vor allem die nötigen Kredite bewilligen.

Der Generalstab sollte die ganze Arbeit durch einen Staatsrat für Kolonisation leiten. Dieser Rat sollte gänzlich unabhängig sein und nur der Kontrolle des Generalstabschefs unterstehen; dieser Staatsrat sollte alle unsere Kolonisationsgremien unter sich haben. In diesen Rat müssen Repräsentanten einiger in dieser Frage engagierter Ministerien, Vertreter nationaler Gesellschaften, technischer Organisationen und wissenschaftliche Institutionen eintreten. Der größte Fehler unserer Kolonisationspolitik bestand darin, dass das letzte Wort die unfähige Bürokratie hatte, die die Fragen stückweise und ohne die erforderlichen Untersuchungen löste. Rufen wir uns nur die Kolonisation unserer Wahlbürger aus Ungarn nach Ovce Polje oder der Emigranten aus Istrien und Gorizia, die sich um Demir-Kapi niedergelassen hatten, in Erinnerung. Deshalb ist eine organische Verbindung zwischen Staatsmacht, den Privatinitiativen und den wissenschaftlichen Institutionen in unserer Kolonisationspolitik erforderlich. Die Privatinitiativen können in viele Richtungen wirken. Volkswehr, Terror- und Verbrecherbanden usw. können solche Handlungen gegen die Albaner unternehmen, für die es nicht opportun wäre, den Staat zu engagieren. Die Gesellschaften der Agronomen, Ärzte und Ingenieure, die Genossenschaften usw. könnten sehr gut mit ihren technischen Ratschlägen zur Lösung der zahlreichen Probleme beitragen, die während unseres Kolonisationsprozesses entstehen. Auch Kulturvereine, etwa der Bildungsverein Prosveta in Sarajewo, die serbische Literaturgesellschaft in Novi Sad, die Gesellschaft St. Sava in Belgrad usw. haben gleichfalls ihre Aufgaben bezüglich dieser Frage.

Es besteht kein Zweifel, dass unsere hohen wissenschaftlichen Institutionen im Begriff sind, das Prestige zu verlieren, das sie einstmals genossen hatten. Der wichtigste Grund dafür ist, dass die Universität und die Akademie der Wissenschaften sich immer mehr vom realen Leben entfernen und die wichtigsten Aufgaben vernachlässigen, die sie in einem relativ rückständigen Land wie unserem haben: der Aneignung der wissenschaftlichen Waffen des 20. Jahrhunderts zum Durchbruch zu verhelfen. Viele Milliarden könnten in diesem Land eingespart werden, zahlreiche Fehler könnten in unserer Staatspolitik vermieden werden, etwa in der Kolonisationspolitik, wenn die Probleme möglichst früh von den besten, kompetentesten wissenschaftlichen Kräften ernsthaft und objektiv untersucht worden wären, bevor sie gelöst werden. Auch in unsere Kolonisationspolitik würde mehr Ernsthaftigkeit, Kontinuität in der Arbeit und Effektivität bei der Umsetzung einfließen, wenn zunächst die Meinungen der Spezialisten und Wissenschaftler eingeholt würden. In erster Linie muss die Serbische Königliche Akademie der Wissenschaften und die Universität Bel-

grad die Initiative für die Organisierung einer wissenschaftlichen Untersuchung des ganzen Kolonisationsproblems bei uns ergreifen. Dies wäre ohne weiteres möglich. An der Universität haben wir Spezialisten für jede Frage bezüglich der Kolonisation. Die Universitätspädagogen und Akademiker sind unabhängig, kaum einem äußeren politischen Einfluss unterworfen. Sie haben schon brauchbare Erfahrung in derartigen Angelegenheiten; ihre wissenschaftliche Aktivierung ist die Garantie für unsere Ziele. Deshalb müssen sie die Initiative ergreifen, um ein Kolonisationsinstitut zu gründen, dessen Aufgabe wäre, Kolonisationsfragen zu untersuchen. Die Staatsmacht ihrerseits sollte aus einigen Ministerien und sämtlichen Institutionen, die sich bislang mit dieser Frage befaßt haben, ein Sonderinstitut zusammenstellen, das "Kolonisationsinspektorat".

Vasa Cubrilovic

Kein Erfolg ohne Bewegung

Das soziale Europa

(Teil 2)

Von **PIERRE BORDIEU**

Da in Zukunft der Internationalismus die Bedingung für alle wirksamen Strategien des Widerstands sein wird, geht es darum, eine neue Geisteshaltung in den Bürgern zu wecken. Hier ließe sich an einige Maßnahmen denken: z.B. an die Bildung spezieller Abteilungen in jeder Gewerkschaft, die die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsorganisationen anderer Länder und einen internationalen Informationsaustausch aufbauen und koordinieren; z.B. an die Entwicklung einer länderübergreifenden gewerkschaftlichen Zusammenarbeit in Fragen der Lohnpolitik, der Arbeitsbedingungen und der Beschäftigungspolitik; z.B. an die Einrichtung von "Partnerschaften" zwischen den Gewerkschaften grenznaher Regionen oder gleicher Berufsgruppen, wie dies etwa in transnationalen Branchen bei den Fernfahrern oder bei den Fluglinien schon heute der Fall ist; z.B. an einen stärkeren Einsatz der internationalen Betriebsräte in multinationalen Unternehmen; z.B. an eine Politik der gezielten gewerkschaftlichen Ansprache und Einbindung von Immigranten, die als Mitträger des Widerstands und der Veränderung zu gewinnen sind, anstatt sie als Spielball partei- und gewerkschaftspolitischer Strategien, als Instrument der Spaltung im Betrieb oder als Ventil für nationalistische, gar rassistische Vorurteile zu mißbrauchen. Zu denken ist ferner an neue Aktionsformen und

Strategien der Mobilisierung, wie z.B. eine engere Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften des öffentlichen und privaten Sektors, die in den einzelnen Ländern der EU von sehr unterschiedlichem Gewicht sind. Schließlich ist ein grundlegender Sinneswandel notwendig, um ein enges Verständnis des "Sozialen" zu überwinden und die Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit Fragen der Gesundheit, des Wohnungsbaus, des öffentlichen Verkehrs, der Ausbildung, der Freizeit und des Geschlechterverhältnisses zu verbinden. Und nicht zuletzt sollten auch die Anstrengungen verstärkt werden, um in den Bereichen, in denen die kollektiven Schutzinstrumente traditionell schwach entwickelt sind (z.B. bei Dienstleistungen und in der Zeitarbeit), den gewerkschaftlichen Organisationsgrad deutlich zu steigern.

Der Blick auf die Vielfalt dieser Aufgaben zeigt: Das bislang so utopisch erscheinende Projekt eines vereinigten Europäischen Gewerkschaftsbundes darf nicht länger aufgeschoben werden. Seine Verwirklichung ist dringend notwendig, um die gemeinsame Suche nach den zahllosen Veränderungen anzuregen und anzuleiten, die sowohl in den kollektiven Institutionen als in den Köpfen und Herzen der Menschen notwendig sind, um eine erneuerte soziale Bewegung in Europa zu schaffen. Auch wenn es für die Konzeption eines derart schwierigen und unsicheren Unternehmens fraglos nützlich ist, die historischen Anregungen aus jenem Entwicklungsmodell zu bedenken, das E. P. Thompson in seiner Studie *"Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse"* beschrieben hat, so muss man sich doch vor einfachen Analogien hüten. Die europäische Sozialbewegung des 21. Jahrhunderts kann nicht aus dem Modell der Arbeiterbewegung des letzten Jahrhunderts entwickelt werden, zu tiefgreifend sind die Veränderungen der Sozialstruktur in den europäischen Gesellschaften: vor allem der sinkende Anteil der Arbeiter in der industriellen Produktion gegenüber dem Anwachsen der modernen Anlagenbediener und Instandhaltungskräfte, die über ein vergleichsweise höheres "kulturelles Kapital" verfügen. Sie sind in der Lage, mit neuen Organisationsformen auch neue gewerkschaftliche Kampfinstrumente zu entwickeln und neue, berufsübergreifende Solidaritätsbeziehungen zu knüpfen.

Beim Aufbau der neuen europäischen Sozialbewegung ist es die vordringlichste Aufgabe, sich von den alten Denkgewohnheiten frei zu machen. Die wachsende gesellschaftliche Unsicherheit zwingt uns dazu, ganz neue Denkweisen und Aktionsformen zu entwickeln. Die allgemeine, aus neuen beruflichen Risiken und der Angst vor Arbeitslosigkeit herrührende Verunsicherung erfasst mittlerweile selbst höherqualifizierte Berufe und hat neue Formen der sozialen Disziplinierung zur Folge. Sie könnte aber auch zum Ausgangspunkt eines neuartigen Solidaritätsprinzips werden - in Krisen zum Beispiel, deren Auswirkungen dann als besonders skandalös empfunden werden, wenn Massentlassungen nur deshalb anstehen, weil die Aktionäre von ohnehin gewinnträchtigen Unternehmen zufriedengestellt werden sollen.

Die neue Gewerkschaftsbewegung wird sich auf eine neuartige Solidarität aller Opfer stützen müssen, die die derzeitigen Politik der sozialen Unsicherheit produziert. Diese Opfer sind heute unter den qualifizierten, mit "kulturellem Kapital" ausgestatteten Berufen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Kommunikation fast genauso zahlreich wie unter den "normalen" Angestellten und Arbeitern. Zunächst gilt es, eine kritische Analyse aller - oft ausgesprochen subtilen - Strategien zu erarbeiten und öffentlich zu machen, in die sich bestimmte Reformen der sozialdemokratischen Regierungen (oft unwissentlich) einfügen. Sie lassen sich am genauesten unter dem Leitbild der "flexiblen Ausbeutung" (flexploitation) zusammenfassen. Eine derartige Analyse ist um so schwieriger - und wird deshalb denjenigen, die sie zur Erkenntnis ihrer Lage bringen soll, nicht leicht zu vermitteln sein -, als die neuen Strategien häufig von ihren eigenen Opfern entwickelt werden: zum Beispiel von den mit Fristverträgen arbeitenden Lehrern, die sich um marginalisierte Schüler oder Studenten kümmern, oder von Sozialarbeitern, die selbst nicht fest angestellt sind, nun aber Menschen helfen sollen, denen sie in ihrer sozialen Stellung schon sehr nahe kommen. es besteht letztlich die Gefahr, dass alle an derart unsicheren Verhältnissen Beteiligten einer gemeinsamen Illusion unterliegen und diese noch am Leben erhalten.

Letztlich ist vor allem mit jenen neuen, stark verbreiteten Vorurteilen aufzuräumen, die verhindern, dass die Realität so wahrgenommen wird, wie sie ist, und damit das politische Handeln entmutigen oder ins Leere laufen lassen. Ein Beispiel dafür ist die unkritische Entgegensetzung, die französische "Politologen" und die ihren Lehren folgenden Journalisten vornehmen: zwischen den "protestorientierten Gewerkschaften" einerseits, die in Frankreich die SUD oder die Confédération générale du travail (CGT) verkörpern, und den "verhandlungsorientierten Gewerkschaften" andererseits, als deren positives Sinnbild der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) gilt. Eine derart die politische Resignation fördernde Entgegensetzung verhindert die Einsicht, dass die sozialen Errungenschaften nur von einer Gewerkschaftsbewegung erstritten werden können, deren Organisation einerseits genügend Kampfkraft aufbringt, um den Unternehmern und den staatlichen Technokraten reale Fortschritt abzutrotzen, die andererseits auch verhandeln und der eigenen Basis die erstrittenen Kompromisse (z.B. Verträge und soziale Gesetze) so vermitteln kann, dass diese dann spürbare und dauerhafte Wirkung entfalten. Ist es nicht bezeichnend, dass schon das Wort "Mobilisierung" durch die Wirtschaftsexperten neo-liberaler Prägung in Misskredit gebracht worden ist ?

Den Gewerkschaften gelingt es derzeit nicht, die kurzfristigen korporatistischen Ziele zugunsten einer universalistischen Willensbildung hintanzustellen, die Grenzen der traditionellen Organisationen zu überschreiten und ihre ganze Kraft, gerade auch unter Einbeziehung der Arbeitslosen, in eine

soziale Bewegung münden zu lassen, die den Wirtschafts- und Finanzmächten vor Ort, und das heißt im internationalen Maßstab, kämpferisch entgegentreten. Diese Schwäche rührt freilich aus ihrer Unfähigkeit her, sich auf eine vernünftige Utopie (wie das Leitbild eines wirklich sozialen Europa) zu einigen, und aus der Schwächung ihrer kämpferischen Basis, der die Führung gar nicht mehr glaubwürdig vermitteln kann, wie dringend sie gebraucht wird und wie wirksam ihre Aktionen sein könnten. Überdies raufen sich die Organisationen in sinnloser Konkurrenz derzeit um die besten Positionen auf dem Markt der "gewerkschaftlichen Dienstleistungen". Immerhin sind in letzter Zeit bei einigen internationalen Bewegungen - am beispielhaftesten beim "Marsch auf Europa" der Arbeitslosen - erste, noch flüchtige, Anzeichen dafür zu erkennen, dass innerhalb der sozialen Bewegung selbst und in der Gesellschaft ein Bewusstsein darüber heranwächst, wie lebensnotwendig ein neuer Internationalismus ist.

(zuerst abgedruckt in: LE MONDE DIPLOMATIQUE; Juni 1999)

VORANKÜNDIGUNG:

Vom 8. - 13. November veranstaltet der Antifaschistische Bund (A F B) im Ruhrgebiet wie jedes Jahr eine "Woche gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt".

In diesem Zusammenhang weisen wir auf zwei schon feststehende Veranstaltungen hin:

Am FREITAG, 12. NOVEMBER, findet im Recklinghäuser BERT-BRECHT-ZENTRUM eine Veranstaltung zum Thema "NATIONAL BEFREITE ZONEN" statt.

Am SAMSTAG, 13. NOVEMBER, findet im Herner Jugendzentrum "Heisterkamp" ein ANTIFA-BENEFIZ-KONZERT statt. Top act diesmal: "The pig must die" (dann vermutlich unter neuem Namen).

Geplant sind außerdem ein weiteres Konzert mit der Dattelner Liederguppe "ABSAITS" zum Thema "Bergarbeiterlieder" sowie eine Podiumsdiskussion zu den Thesen Pierre BARDIEUs.

(Nähere Informationen in der nächsten AntifaZ)

AKTIONEN AM 1. SEPTEMBER INTERNATIONALER ANTIKRIEGSTAG

Am 1. September, dem Internationalen Antikriegstag, fanden in zahlreichen Städten Aktionen und Kundgebungen statt. Sie standen weitgehend im Zeichen der Warnung vor weiteren NATO-Angriffskriegen und vor einer zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft.

Im Ruhrgebiet gab es u.a. Kundgebungen in Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Herten und Recklinghausen, an denen sich Organisationen wie DKP, PDS, MLPD, KPD, B 90/Die Grünen, Friedensforen, DFG-VK, Pro Asyl, Flüchtlingsräten, VVN-BdA, AFB, Internationaler Freundschaftsverein (IFV) und Frauenverband Courage beteiligten.

Insgesamt muss festgehalten werden, dass die Aktionen relativ wenig Aufmerksamkeit bei der Bevölkerung erzielten.

Die Organisationen bildeten in den Städten unterschiedliche Bündnisse, wobei deutlich wurde, dass es neben der gemeinsamen Ablehnung der NATO-Aggression und der Militarisierung innerhalb der Gesellschaft deutliche politische Differenzen gibt, die auf Dauer gesehen das Entstehen einer neuen Friedensbewegung erschweren können.

In erster Linie die Position von Kräften aus der DKP und der PDS ist für viele untragbar, wollen sie doch jegliche Kritik am Kurs der Milosevic-Regierung verhindern und diese mit unterschiedlichen "Argumenten" als imperialistische Lügenpropaganda "entlarven".

Hatte die PDS zu Zeiten eines Besuchs Gysis im Kosovo noch davon gesprochen, dass es Kriegsverbrechen "auf beiden Seiten" gegeben habe, lautet die Sprachregelung inzwischen immer eindeutiger so: Im

Kosovo gab es kein Problem ethnischer Unterdrückung seitens "der Serben" gegenüber "den Albanern", vielmehr seien albanische "Terroristen", von der NATO unterstützt und aufgebaut, gegen die "demokratisch legitimierte Regierung Jugoslawiens" aktiv geworden,

keine Vertreibung von Albanern gegeben, vielmehr seien 200 000 Serben von den Albanern aus dem Kosovo vertrieben worden.

Ein Recklinghäuser PDS-Vertreter antwortete auf die Frage, wie er die Regierung Jugoslawiens beurteile, sie sei "die demokratischste Re-



was diese legitimerweise zu unterbinden versucht habe. Ein DKP-Vertreter in Recklinghausen ging sogar so weit zu behaupten, vor Beginn der NATO-Angriffe habe es

gierung der Welt", es gebe freie Wahlen, es gebe eine Opposition, die keineswegs unterdrückt werde, und es gebe "kein Privateigentum an Produktionsmitteln".

Dass es innerhalb des PDS-Spektrums auch andere Auffassungen gibt, zeigt der Abdruck der Stellungnahme von Margret Mönig-Raane, Vorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherung, in *antifa*, der Zeitung der ostdeutschen IVVdN. Sie schreibt unter dem Motto *"Der Antikriegstag bleibt aktuell"*: *"Um keine Zweifel aufkommen zu lassen: Der serbische Diktator Milosevic hat die Menschenrechte im Kosovo mit Füßen getreten. Ethnische Säuberungen, Mord und Vergewaltigung waren, wie schon zuvor im Kosovo, auf der Tagesordnung. Dem konnte und durfte die internationale Gemeinschaft nicht tatenlos zusehen. Es muss aber die Frage erlaubt sein, ob wirklich alle politischen und diplomatischen Mittel*

ausgeschöpft waren."

Eine solche Position ist für bestimmte Kreise nicht mehr 'kompatibel', wird umstandslos den "NATO-Krieg-Befürwortern" zugeschlagen. Einige gehen sogar so weit, die unbestreitbaren Verbrechen der jugoslawischen Regierung als blanke Erfindung zu bezeichnen. Ein *hav* (in den Antifaschistischen Nachrichten vom

2. 9. 1999) bedient sich dabei besonders widerlicher Methoden. Er schreibt z.B. *"Als Partner der UCK ist der BND über die Entwicklung im Kosovo gut unterrichtet. In seinem Artikel über die 20 beim BND in Pullach auf den Kosovo-Krieg angesetzten hochrangigen Mitarbeiter und über den fernmeldeelektronischen Einsatz gegen den serbischen Militärfunk hat Hans Leyendecker in der Süddeutschen Zeitung den bemerkenswerten Satz formuliert: 'Viele der Geschichten über angebliche Massengräber und Greuelthaten der Serben werden von Pullach als nachrichtendienstliche Desinformation bewertet, mit denen Politik gemacht werde.'*

An anderer Stelle seines "bemerkenswerten" Beispiels für heruntergekommenen Lunpenjournalismus schreibt besagter *hav*: *"So hat der ehemalige israelische Außenminister Sharon am 7. April 1999 nachdrücklich vor einem Großalbanien als einem Hort des internationalen Terrorismus gewarnt und damit die Parallelen auf-*

gezeigt, die zwischen der CIA gestützten Schaffung von europäischen Muhajeddin und dem Desaster der amerikanischen Politik in Afghanistan bestehen."

Derartiger "Journalismus" ist dreifach abzulehnen:

Er leugnet die von zahlreichen unabhängigen Zeugnissen dokumentierten Verbrechen des jugoslawischen Staates an Albanern im Kosovo. Er hält es für 'schlauer', dies nicht offen als eigenen Position zu kennzeichnen - dann müsste er diese Position ja eventuell belegen.

Er zitiert stattdessen angebliche "Kenner" interner Auffassungen des Geheimdienstes, kommentiert diese aber nur durch das scheinbar harmlose, aber suggestive "bemerkenswert".

Er nimmt nicht einmal mehr im Ansatz zu den von ihm zitierten "Zeugen" eine eigene, kritische Position ein, sonst müsste ihm zumindest fraglich erscheinen, warum der BND, der ja angeblich das größte Interesse an derartiger "Desinformation" hatte, nun ausgerechnet zum Kronzeugen für besagte herangezogen werden kann. Ähnlich unkritisch *havs* Haltung zum ehemaligen israelischen Außenminister: Auch wenn Sharon nicht unbedingt zu den 'Falken' in Israel gezählt werden kann, ist seine Position zum "internationalen Terrorismus" ganz sicher ungeeignet für die Beurteilung der Situation auf dem Balkan, macht sie sich doch die imperialistische Spra-

Anzeige

TERRE DES FEMMES

Buchkalender für Frauen 2000

PLANERIN

- jede Woche auf einer Seite
- im außergewöhnlichen A5-Format
- Texte und Fotos über engagierte Frauen und Projekte
- umweltfreundl. Schutzumschlag
- Recyclingpapier und Wire-O-Bindung
- Umfangreicher Anhang mit Adressen, Notizblättern, Terminen
- DM 19,80, ÖS 145, SFR 19,80



• ab August 1999

ISBN 3-9806165-1-7

Postfach 25 65
72015 Tübingen
Tel. 0 70 71-79 73-0
Fax 0 70 71-79 73-22

TERRE DES FEMMES E.V.
MENSCHENRECHTE FÜR DIE FRAU

chregelung zu eigen, die jeglichen bewaffneten Widerstand gegen imperialistische und nationale Unterdrückung als "terroristisch" bezeichnet. Die angedeutete Gleichsetzung des albanischen Widerstandes im Kosovo mit "großalbanischem Terrorismus" und dieses mit "terroristischen islamischen Fundamentalismus" lässt sich problemlos ausweiten auf den "terroristischen kurdischen Separatismus".

Keine noch so fragwürdige Quelle wird von *hav* ausgelassen, wenn es darum geht, im Grund eines zu leugnen: das Recht der Albaner im Kosovo auf Selbstbestimmung

UZ, die Zeitung der DKP, hat sich inzwischen ebenfalls mehr oder weniger zum Sprachrohr der jugoslawischen Regierung gemacht: Wie diese, die die Demonstration von über 100 000 Menschen gegen Milosevic in Belgrad als "von NATO-Kräften und Landesverrättern organisiert" bezeichnet, behauptet sie: *"Nachdem es den NATO-Kräften nicht gelungen ist, den gewählten Präsidenten Jugoslawiens aus seinem Amt zu bomben, verstärken diese Kreise gegenwärtig ihre Versuche, dieses Ziel mit Hilfe von 'Oppositionellen' zu erreichen."*

(UZ vom 3.9.99).

Diese Kräfte werden mit ihrer Logik "Der Feind meines Feindes ist mein Freund" ernsthafte Probleme



bekommen, da diese Logik ihnen zunehmend erschwert, *eigene* Untersuchungen über die Lage in anderen Ländern durchzuführen.

Wenn dies zudem dazu führt, dass sie alle anderen, die dieser Logik nicht zu folgen bereit sind, als "vom Imperialismus Getäuschte" oder "Gutgläubige" diffamieren, werden sie zu einem ernststen Hindernis für eine neue Friedensbewegung. Diese Bewegung wird nur entstehen, wenn sie sich zur Grundlage macht, dass der Kampf um Menschenrechte unteilbar ist und nicht funktionalisiert werden kann, nicht vom Imperialismus, aber auch nicht von Parteien, die ihre Augen vor Menschenrechtsverletzungen verschließen, wenn sie von einem "Feind meines Feindes" begangen werden.

Was ist von Auffassungen zu halten, die Regierungen wie die in Jugoslawien als "demokratisch" bezeichnen, die sogar "sozialistische Elemente" aufweist, und Bestrebungen nach Unabhängigkeit

wie die der Albaner im Kosovo als "terroristisch" abtun. Mit der gleichen Sprachregelung argumentiert die türkische Regierung gegenüber dem kurdischen Streben nach nationaler Unabhängigkeit. Allerdings ist die Türkei nicht "Feind meines Feindes", sondern "Freund meines Feindes". Logischerweise dürfen also die kurdischen Bestrebungen nach nationaler Unabhängigkeit unterstützt werden, denn sie schaden ja dem "Freund meines Feindes".

Ursache eines solch 'blinden Dogmatismus' kann nur sein, dass solche Leute den Imperialismus als übermächtig ansehen, dem nur noch eine Handvoll Kommunisten, als "letzte Kämpfer", gegenübersteht. Allerdings reduziert sich ihr "Kämpfen" zunehmend darauf, wie das Kaninchen auf die Schlange zu starren und zunehmend moralisierender über seine "Schlechtigkeit" zu lamentieren.

Stefan W. Born
(Antifaschistischer Bund)

“ZEIGT DEM SYSTEM EURE ZÄHNE” Fazit der faschistischen “Rudolf-Hess-Gedenkwochen”



Zwar ziehen die Nazis über die diesjährigen "Rudolf-Hess-Gedenkwochen" vom 7.-21. August ein "durchaus positives Fazit", aber das reale Ergebnis fällt eher kläglich aus. Den Haupterfolg sehen sie darin, dass in allen deutschen "Gauen" flächendeckend plakatiert worden sei und mit Aufklebern an "das Leben und den Mord an dem nationalsozialistischen Führer-Stellvertreter und Friedensflieger" erinnert worden sei. Diese Behauptung stimmt zumindest für das Ruhrgebiet weitgehend nicht.

Die Faschisten hatten für dieses Jahr keine "zentralen" Hess-Gedenkmarsch, sondern "zahllose regionale" Aufmärsche und Kundgebungen geplant.

Auch diese kamen nach unserem Informationsstand keineswegs in größerer Zahl zustande.

So wurde beispielsweise der wohl mit großem Aufwand betriebene Versuch, einen Aufmarsch in Eisenach zu organisieren, von der dortigen Polizei mit einfacher Polizeiverfügung untersagt und unterbunden.

Es kam im Grunde nur zu zwei 'größeren' Aktionen im "benachbarten Ausland", und zwar in der Schweiz und in den Niederlanden.

In Bern fand eine Kundgebung mit etwa 100 Faschisten vor der deutschen Botschaft statt, organisiert von Schweizer Nazis, unterstützt durch "Sozialisten" (Originalton Info-Telefon Karlsruhe) aus Süddeutschland. Diese Aktion war zwar nach außen hin relativ gut getarnt (es wurde im Vorfeld dazu aufgerufen, dass sich die Kameraden aus Süddeutschland am 14.8. im "Großraum Bodensee" einfinden sollten), stand aber von Anfang an unter Beobachtung des Staatsschutzes, der die Aktion zumindest teilweise behinderte (Ausschaltung von Mobiltelefonen, Grenzkontrollen). Die Nazis freuten sich besonders über die Schweizer

Polizei, von der sie äußerst "zuvorkommend" behandelt und sogar mit dem "Kühnengruß" verabschiedet worden sein wollen.

Wie das mit ihrem martialischen Aufruf "Zeigt dem System Eure Zähne" in Einklang zu bringen ist, bleibt ihr 'Geheimnis'.

Besonders geärgert hat sie die Tatsache, dass die geplante Demonstration am 14.8. in Eisenach, die am 13.8. noch vom dortigen Obergerichtsamt genehmigt worden war (Anmelder die NPD), am Samstagvormittag durch einfache Polizeiverfügung untersagt und verhindert wurde. Die polizeiliche Begründung: es lägen Erkenntnisse vor, dass die Demonstration in eine Jubelfeier über den Tod von Ignaz Bubis umfunktioniert werden sollte. Nun, derartige "Erkenntnisse" lagen ja offen zutage; so freute sich das "NIT Rheinland", indem es zynisch sein "tiefempfundenenes Beileid" aussprach, kommentiert durch den Satz "Ein Schelm, wer Böses dabei denkt" und das NIT Karlsruhe kommentierte: "Irgenwann erwischt es jeden Spitz-Bubis".

Bisweilen lassen die Faschisten ihre Maske fallen und zeigen ihr widerwärtiges antisemitisches Gesicht.

Ansonsten ist wenig über weitere "regionale Aufmärsche" zu berichten:

In Hamburg haben sich angeblich "einige freie

Nationalisten" kurzzeitig in der Innenstadt versammelt, in Worpswede gab es einen *"Fackelmarsch zum dortigen Niedersachsenstein"*, in Bramstedt angeblich eine von der Polizei nicht behinderte Kundgebung.

Bitter beklagt man sich über die staatliche Observanz: So sollen Staatsschützer in Dortmund angeblich seit Juli *"eine einzelne Kameradin"* teilweise mit fünf Mannschaftswagen observiert haben, was die Faschisten sich damit erklären, dass diese angeblich von der Polizei *"persönlich fetig gemacht"* werden solle.

Nach wie vor haben die Faschisten ihr ideologisches Dilemma nicht lösen können: Sich auf der einen Seite als *"national-revolutionäre, sozialistische Systemopposition"* darzustellen, sich auf der anderen Seite diesem Staat als reaktionäre Helfershelfer anzudienen, die als *"treue Demokraten"* gemeinsam mit diesem Staat und seiner Polizei gegen *"kriminelle Antifa"*, *"Asylschmarotzer"*, *"Überfremdung durch Ausländer"* und *"Rotfront-Chaoten"* marschieren.

Für die Führungskader besteht dieser Widerspruch selbstverständlich nicht, ihnen ist durchaus klar, dass sie *"Fleisch vom Fleische"* des herrschenden Systems sind, nur für den einen oder anderen - denkenden (falls es solche gibt) - Mitläufer könnte diese Frage bisweilen ein wenig Nachdenken bewirken.

Unser Fazit: Die Faschisten befinden sich zur Zeit mal wieder in einer *"ideologischen"* Krise, was auch die Abspaltung der JN-Landesverbände NRW und Sachsen-Anhalt aus der Bundes-NPD signalisiert. Sie haben - immer noch - nicht kapiert, dass dieser Staat

einzig auf die direkten Sympathiebeweise für den Hitlerfaschismus (*"Führers Geburtstag"*, *"Hess-Gedenken"*) mit Repression reagiert.

Somit sind sie oft nicht in der Lage, ihre *"demokratischen"* Erfolge (von den Gerichten bis zum Bundesverfassungsgericht genehmigte NPD-Aufmärsche) auszubauen, eine *"moderne"* NS-Ideologie zu entwickeln (Vorbilder wie Front National traten wieder in den Hintergrund) und eine am rassistischen Konsens innerhalb dieses Staates und in Teilen der Bevölkerung ansetzende *"bürgernahe"* Faschismus-Konzeption zu entwickeln.

Das im Osten funktionierende Konzept der *"National befreiten Zonen"* ist nicht bundesweit zu praktizieren, der dortige Versuch, die *"Macht"* durch Mord und Terror an ausländischen BürgerInnen zu demonstrieren (wie zuletzt in Bernburg/Sachsen-Anhalt und Greifswald/Mecklenburg-Vorpommern) ist für ihre Ziele - zur Zeit - kontraproduktiv.

Nichtsdestoweniger ist aber gerade dieser alltägliche Terror im Osten (allein 25 Mordversuche allein in Meck-Pomm in diesem Halbjahr) und die geringe öffentliche Resonanz auf diese Gewalttaten der gesellschaftliche Boden, der die objektiv guten Bedingungen für ein Erstarken des Faschismus belegt.

AntifaschistInnen können sich angesichts der relativ erfolglosen Hess-Aktionswochen also keineswegs beruhigt zeigen.

Stephan W. Born
(Antifaschistischer Bund)

Anzeigen

Attatrol

Buchladen GmbH

Herner Str. 16
45657 Recklinghausen

Tel. 02361/17002
Fax 02361/27040

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa 10.00-15.00



BUCHLADEN

TARANTA BABU



- LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
- SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
- SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN-PSYCHOLOGIE •
- ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
- MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

TÜRKISCHER STAATSANWALT FORDERT TODESSTRAFE FÜR CEVAT SOYSAL

Wie in der deutschen Presse am 12.8.1999 unter Berufung auf eine halbstaatliche türkische Nachrichtenagentur gemeldet wurde, hat der Anklagevertreter im Verfahren gegen den in Deutschland als Asylberechtigter anerkannten Cevat Soysal die Todesstrafe gefordert. Cevat Soysal war am 13.7.1999 in Moldawien gewaltsam und widerrechtlich festgenommen und mit einem Flugzeug in die Türkei verbracht worden.

Erst am 26.7., dreizehn Tage nach seiner Entführung, erhielten zum ersten Mal Rechtsanwälte Zugang zu ihm. Sie berichteten nach dem Treffen mit ihrem Mandanten Einzelheiten über die schwere Folter, der er in der Verhörphase ausgesetzt worden war.

Die Staatsanwaltschaft fordert nach § 125 ("Verrat und Separatismus") jetzt die Todesstrafe für ihn und macht Soysal für Terroranschläge verantwortlich. Zunächst war von einer Anklage nach § 169 ("Bildung einer terroristischen Organisation") die Rede gewesen, die lebenslängliche Haft bedeutet hätte. Dabei wird deutlich, dass die Todesstrafe bewusst erst nach Nachlassen der internationalen Aufmerksamkeit gefordert wurde.

Wie von kurdischer Seite seit der Entführung von Soysal immer wieder betont worden ist, ist dieser ein für die ERNK tätiger Politiker, der sich intensiv für die von Abdullah Öcalan seit Jahren konsequent verfolgte Friedenspolitik eingesetzt hat. Die schweren Anklagen gegen Soysal sind ein durchsichtiger Versuch, das spektakuläre Kidnapping zu rechtfertigen, dessen Opfer er wurde. Die verstärkten Friedensbemühungen der kurdischen Seite werden allgemein von der Türkei mit Provokationen und Massakern beantwortet. In einer neuen Erklärung, die Anfang August durch seine Anwälte verbreitet wurde, beklagt auch Abdullah Öcalan, dass seine Vorschläge zur Beendigung des Blutvergießens bis jetzt keine entsprechenden Reaktionen der türkischen Regierung hervorgebracht haben.

Allein in den letzten Tagen und Wochen sind neben der Entführung von Cevat Soysal u.a. folgende Angriffe und Morde geschehen, für die der türkische Staat verantwortlich zu machen ist:

* In der Nähe von Diyarbakir fielen sechs Personen, darunter ein achtjähriges Kind, einem bewaffneten Angriff der türkischen Konterguerilla zum Opfer, weitere acht Personen wurden dabei schwer verletzt.

* Ein Kurde wurde im Ümraniye-Gefängnis in Istanbul durch Folter getötet; seine schwangere Frau wurde ebenfalls gefoltert und verlor ihr Kind.

* Schließlich wurde der Generalsekretär des größten türkischen Gewerkschaftsverbandes "Türk-Is" vor seinem Haus mit dreizehn Schüssen ermordet; auch bei dieser Tat ist ein politischer Hintergrund zu vermuten.

Wir bitten dringend, auf internationaler Ebene und vor allem in Deutschland nicht nachzulassen, die Ereignisse in der Türkei zu beobachten und gegen die ständigen Menschenrechtsverletzungen und Morde zu protestieren und einzuschreiten. Insbesondere müssen die Kampagnen für Cevat Soysal weitergehen, um ihn zu schützen und nach Deutschland zurückzubringen.

Wirken Sie auf die Politiker und vor allem auf Herrn Außenminister Fischer ein, erneut bei der türkischen Regierung vorstellig zu werden und die Rückführung von Cevat Soysal nach Deutschland zu verlangen! Er hat sich nichts zu Schulden kommen lassen, und seine Frau und seine Kinder warten voller Sehnsucht und Verzweiflung auf seine Rettung.

YEK-KOM, 13.8.1999

GARBIS ABSCHIEBUNG VERHINDERN !

Als in den achtziger Jahren die kurdische Bevölkerung vom türkischen Militär verstärkt terrorisiert und schikaniert wurde, war auch die kurdische Familie Yildirim Opfer dieser Repressionen. Garbi Yildirim und sein Bruder flohen nach Deutschland zu ihrem Onkel, um sich davor zu schützen. Der heute 18jährige Garbi lebt seit seinem 10. Lebensjahr in Lilienthal. Er ist als Migrant, als sogenannter Ausländer, in Deutschland und damit konfrontiert, in einer Gesellschaft zu leben, in der er einerseits sehr stark innerhalb familiärer Strukturen verpflichtet ist, aber vor allem die ganze Macht des Rassismus und der sozialen Ungerechtigkeit zu spüren bekam.

Garbi und seine Freundinnen und Freunde mussten sich oft gegen rassistische Beleidigungen und Angriffe von deutschen Rechtsradikalen wehren, die in Lilienthal und Umgebung stark vertreten sind. Ebenso gab es Ärger mit sogenannten Grauen Wölfen, den türkischen Faschisten.

Die systematische soziale Benachteiligung von Nichtdeutschen in Deutschland, die sich u.a. in den "Ausländergesetzen" manifestiert, betrifft auch Garbi stark. Hinzu kommen die Vorurteile und der alltägliche Rassismus gegenüber Nichtdeutschen, die in der deutschen Bevölkerung vorherrschen.

Durch die geschilderten Probleme kam er des öfteren in Schwierigkeiten, die symptomatisch sind für die geschilderten Konflikte, in denen er sich befindet.

Garbi Yildirim sollte schon Ende Juli überraschend in die Türkei abgeschoben werden, kurze Zeit, nachdem er volljährig wurde. Die Abschiebung würde bedeuten, dass er als Kurde dem Staatsterror durch das türkische Regime und gesellschaftlichen Repressionen ausgesetzt sein wird. Außerdem wird er gezwungen sein, den Militärdienst abzuleisten. Dies lehnt er entschieden ab, da er als Kurde nicht die Waffe gegen seine Brüder und Schwestern in Kurdistan richten will.

Der tragische Fall des kurdischen Kriegsdienstverweigerers Süleyman Aksoy zeigt, welcher Gefahr Garbi bei einer Abschiebung ausgesetzt sein wird. Süleyman Aksoy wurde im Februar dieses Jahres in die Türkei abgeschoben und nach 2tägigem Verhör der Flughafenpolizei direkt den Militärbehörden in Ankara überstellt. Drei Monate später er-

hielt seine Familie den Leichnam von Süleyman Aksoy, der angeblich Selbstmord begangen haben soll. Entgegen der behördlichen Anordnung öffnete die Familie den Sarg und fand einen völlig verstümmelten und entstellten Leichnam vor - offensichtlich kein Selbstmord.

Soziale und ethnische Säuberungen

Einflussreiche politische Personen haben bereits offen erklärt, dass die *"zweite MigrantInnen-Generation von der Wirtschaft nicht mehr gebraucht werde"*. Sie argumentieren damit, diese Jugendlichen seien unterqualifiziert, hätten keinen Respekt vor den deutschen Gesetzen, seien in *"kriminelle Aktivitäten"* verwickelt und nicht in die deutsche Gesellschaft integriert.

Tatsächlich steigt die Zahl der Menschen, die ein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben, aber aufgrund *"krimineller Handlungen"* abgeschoben werden, rapide an. Die Politik der Kriminalisierung ist eng verbunden mit der Abschiebep Praxis. Während die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt, werden die Reichen immer reicher. Zynische und opportunistische Politiker werden das System und den Status quo verteidigen, indem sie versuchen, die berechnete Wut, die die Armen auf die Reichen haben, gegen die Flüchtlinge und MigrantInnen zu wenden. Die verhängnisvollen Aussagen dieser Politiker finden eine beängstigende Resonanz in der deutschen Gesellschaft. Die drohende Abschiebung von Garbi ist Teil dieses unnachgiebigen skrupellosen Trends, so dass alle, die sich gegen Rassismus wehren, eine Position dagegen beziehen müssen.

Nein zur doppelten Bestrafung für "Ausländer"

Am 2. August 1999 wurde Garbi Yildirim verhaftet und am Tag darauf aufgrund eines strafrechtlichen Verfahrens u.a. gegen seine Person dem Amtsgericht in Osterholz-Scharmbeck vorgeführt. Gemäß der deutschen Gesetze erhielt Garbi eine Bewährungsstrafe. Wenn Garbi ein "Deutscher" wäre, würde seine Bestrafung hiermit enden. Aber, obwohl Garbi größtenteils in Deutschland sozialisiert wurde und obwohl er kaum ein Wort Türkisch spricht, soll er zusätzlich bestraft werden, indem er in die Türkei abgeschoben wird. Da Garbi Kurde ist, wird diese Strafe tragische Konsequenzen für ihn haben.

Garbi wurde per richterlichen Beschluss verhaftet, um jegliche Protestaktion gegen seine Abschiebung zu verhindern und eine angebliche "Flucht" zu vereiteln. Er wurde am Donnerstag, dem 5.8. '99, nach Hameln (Niedersachsen) in Abschiebehaft gebracht,

obwohl mittlerweile sein Asylfolgeantrag beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Nürnberg eingereicht wurde.

Wir sind entsetzt darüber, dass der deutsche Staat immer noch nicht davor zurückschreckt, kurdische Menschen in die Türkei abzuschieben, wo ihre Menschenrechte durch das Regime barbarisch verletzt werden.

Hier soll ein junger Mann, der einen großen Teil seines Lebens in Deutschland verbracht hat, zwangsweise in das Land seiner Peiniger abgeschoben werden, wo er dann auf seine Landsleute schießen soll.

Wir finden dieses Vorgehen seitens der deutschen Behörden menschenverachtend und zynisch !

Wir werden es nicht zulassen, dass Garbi abgeschoben wird !

Sofortige Freilassung Garbis aus der Abschiebehaft und ein dauerhaftes Bleiberecht !

Sendet Protestfaxe an:

- die Ausländerbehörde in Osterholz-Scharmbeck für die sofortige Freilassung von Garbi Yildirim (Fax: 04791 - 930358)
- das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge für die Anerkennung des Asylfolgeantrags von Garbi und sein Bleiberecht (Fax: 0911 - 9434000)

Aufruf: Garbis Freundinnen und Freunde

Kontakt: Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e.V.

Kornstr. 51, 28201 Bremen

Tel.: 0421 - 5577093; Fax: 0421 - 5577094

Anzeigen

MIT EINER

SOLARANLAGE

SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER



SWB
Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH
Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
Karl-Hermann Str. 14
45701 Herten
Telefon 0 23 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen
Sanitärinstallationen
Elektroinstallationen

Solaranlagen
Regenwassernutzung
Brennwertkessel

Theater Kunst

BALANCE

Jonglieren Artistik

Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5
Ölheizungszähler 10" - 16"
Samstage 10" - 14" & langer Samstag

KALKULIERTE TABUBRÜCHE

Die Musik der "Neuen Deutschen Härte"

Leckeres Buffet, schicke House-Musik und draußen Frühsommersonne - die Rahmenbedingungen im Berliner Tacheles-Theater waren ausgezeichnet. Plattenfirmenvertreter und Journalisten aus aller Welt hatten sich im Mai dieses Jahres in der ehemaligen Subkulturhochburg versammelt, um der Premiere eines Life-Films der Berliner Band Rammstein beizuwohnen. Nach ausgiebigen Sinnesgenüssen und ergiebigen Kontaktgesprächen ließen sich die Medienpartner in silbernen VIP-Taxis zurück ins Hilton-Hotel chauffieren. Dort angekommen fielen ihre erschöpften Blicke auf den Satz über einem Seiteneingang des Deutschen Doms: "Selig sind die Friedfertigen" stand dort geschrieben. Ob dies als moralischer Kommentar zum eben geschehen Rammstein-Spektakel verstanden werden sollte?

Gut möglich, denn das Image der 1994 gegründeten Band ist alles andere als das von "Friedfertigen", wird sie doch zu einem Genre gezählt, das seit etwa drei, vier Jahren unter dem wenig pazifistisch klingenden Titel "Neue Deutsche Härte" firmiert. Außer den erfolgreichen Vorreitern Rammstein, deren letzte LP *Sehnsucht* auf Platz Eins der deutschen Album-Charts landete, begaben sich in letzter Zeit weitere Interpreten in den Windschatten der neuen Bewegung. Neben dem Hamburger Joachim Witt waren dies vor allem Megaherz, Keilerkopf und Richthofen. Doch wie die Herkunft des Begriffs sind auch die Genre Grenzen unklar, und es fällt nicht leicht, eine gemeinsame musikalische Stilistik auszumachen. Während der ehemalige Held der "Neuen Deutschen Welle", Joachim Witt, auf seiner 1998 erschienenen LP *Bayreuth Eins* wagnerianischen Dark Wave zelebriert, klingen die Münchener Megaherz wie harmloser amerikanischer Crossover und Richthofen aus Hamburg nach sterilstem Death-Metal.

Außerordentlich "hart" ist der Sound jedenfalls selten, selbst

das Aushängeschild Rammstein klingt eher wie eine softe Schlagervariante von Industrial-Metal. Wahre "Härte" wird eher in den deutschsprachigen Texten, im Auftreten und der Videoästhetik als im Sound demonstriert. Erstere zeichnen eine Welt, in der es nichts anderes gibt als urtriebhafter Gewalt, Kinderschändung, Inzest und Mord. Live präsentieren Rammstein martialische Bühnennorgien, mit pyrotechnischem Geballer, grotesken S/M-Einlagen und spritzenden Dildos. Auch ihre Videos kokettieren mit den Abgründen der menschlichen Existenz, etwa wenn in dem Clip "*Du riechst so gut*" eine Frau von einem zur Bestie mutierten Mann verfolgt wird. Auch andere "Neue Deutsche Härte"-Songs wie der Hit "Die Flut" (Platz Zwei der deutschen Single-Charts) von Joachim Witt im Duett mit Peter Heppner, dem Sänger der Darkwave-Band Wolfsheim, oder "Liebestöter" von Megaherz handeln ebenfalls von Nahkämpfen unter Naturzustandsbedingungen und rufen den harten animalischen Kern des Menschen an.

Der hässliche Deutsche
Derartige Monströsitäten ließen

sich als harmlose Fortsetzungen von Heavy Metal mit anderen Mitteln abtun, wäre da nicht die offensichtliche Koketterie mit dunklen deutschen Traditionen. Insbesondere Rammstein haben sich da hervorgetan: neben ihrem militärischen Auftreten mit Kurzhaarfrisuren aus der Zeit vor Rock'n Roll und dem rollenden "R" von Sänger Till Lindemann war es vor allem ihr 1998 veröffentlichtes Video zu ihrer Version des Depeche-Mode-Songs "Stripped", das Faschismus-Vorwürfe laut werden ließ. In dem Clip sieht man Szenen aus dem 1936 entstandenen Olympia-Film von Leni Riefenstahl.

Entschlossen bedienen auch andere Vertreter der "Neuen Deutschen Härte" mit wohl kalkulierten Tabubrüchen das Bild des "hässlichen Deutschen": So haben sich Richthofen nach dem "erfolgreichsten" deutschen Kampfflieger des ersten Weltkriegs benannt und Keilerkopf rappen im Wehrmachtsprechgesang: "*Bin zu allem bereit - jederzeit, jederzeit!*"

Das Klischee des hässlichen Deutschen fungiert bei diesen Bands als markttaugliches Im-

age. Und sie schrecken vor keiner (inszenierten) Unkorrektheit zurück: prollige Stumpfheit, sexistische Gewaltphantasien und in letzter Konsequenz auch Nazitümelei - zum Zweck der Provokation ist jedes noch so fiese Zeichen erlaubt.

Ihre Provo-Strategie dürfte dabei auf den gleichen Resonanzboden fallen wie Harald Schmidts Anti-PC-Gags. Wie bei Schmidt erlaubt das Mittel der ironischen Übertreibung, die gewollte Tabubrecherei vor politischen Angriffen zu schützen. *"Rammstein ist Show, da steht keine politische Haltung dahinter"*, betont Schlagzeuger Christoph Schneider in einem Interview am Tag nach der Veranstaltung im Tacheles. In der Tat wäre es falsch, die Bands der "Neuen Deutschen Härte" schlicht als Faschisten zu denunzieren. Denn ihr Gebrauch faschistischer Ästhetiken steht nicht für eine Ideologie, die es wiederzubeleben gelte, sondern dient als gut funktionierendes Provokationssignal.

Faschismus zweiter Ordnung

Weil Faschismus in Bildzitate, Gesangsstil und Bühnengebaren nur noch als dekontextualisiertes Zeichen, nicht aber als inhaltliche Forderung auftritt, sollte das Vorgehen der "Neuen Deutschen Härte" besser als "Faschismus zweiter Ordnung" bezeichnet werden. Dieser bezieht sich auf den "echten" Faschismus zitierend und oft ironisch. Anders als Nazibands, die mit Parolen wie "Asylanten raus" Klartext brüllen und in Musik packen, was diverse Männer und Frauen auf der Straße murmeln, verwenden die Vertreter der "Neuen Deutschen Härte" einen höchst

uneigentlichen Kunstjargon.

Wer würde sich schon so ausdrücken wie Joachim Witt in dem Song *"Das jüngste Gericht"*, wo es heißt: *"Auf der Flucht vor brennender Heimat/ Vor der Qual der Einsamkeit/ Vor dem Blendwerk keuchender Leiber/ Stehn die Fackeln im Sturm bereit."* Dieses allegorische Erweckungspathos erlaubt es, die Provokation qua rechter Ästhetik weiterzuführen und sich gleichzeitig buchstäblichen Interpretationen zu entziehen.

Anders als seinerzeit bei Kraftwerk oder bei den slowenischen Laibach, deren widersprüchliche Vermengung nazistischer und anderer Ästhetiken in den besten Momenten ideologische Ewigkeitsansprüche parodierte, zielt diese Mehrdeutigkeit nicht auf die Infragestellung bestimmter Codes. Im Falle der "Neuen Deutschen Härte" ist diese Mehrdeutigkeit lediglich einer schlaun Vorsicht im Hinblick auf öffentliche Empfindlichkeiten geschuldet. Ein Vorgehen, das sich auch bei den Böhsen Onkelz (Platz Eins mit *Viva Los Tios* in den LP-Charts 1998) beobachten lässt, die - wäre da nicht ihre allseits bekannte Nazivergangenheit - wahrscheinlich zur "Neuen Deutschen Härte" gerechnet würden. Während sie in den 80er Jahren noch unverhohlen "Türken raus" sangen, "distanzieren" sie sich heute von ihrer rechtsradikalen Vergangenheit, operieren stattdessen mit einer apokalyptischen Semantik, die es dem Hörer überlässt, nach den Schuldigen für den nahenden Weltuntergang zu suchen.

Du musst dich unterscheiden !

V o n r o m a n t i s c h e r

Dichterschwere über 30er-Jahre-Ästhetik bis zum hippen deutschen 70er/Früh-80er-Popphänomen Kraftwerk reicht der Referenzkatalog der "Neuen Deutschen Härte". Mit ihrer "bösen Präsenz" treffen sie nicht nur auf eine nationale, sondern im Falle von Rammstein auch auf eine internationale Nachfrage. Wie erfolgreich Rammsteins "Deutschtum" ist, beweist neben ihren immensen Plattenverkäufen in Deutschland auch das Interesse, das ihnen in anderen europäischen Ländern, den USA und Südamerika entgegengebracht wird.

Im Frühjahr 1999 wurden sie von der deutschen Schallplattenindustrie mit dem "Echo Award" als "Erfolgreichste nationale Gruppe im Ausland" bedacht. Von ihrem letzten Album *Sehnsucht* gingen in den USA über 750 000 Exemplare über den Ladentisch. Anfang des Jahres wurde sie sogar für einen Grammy in der Sparte "Best Metal Performance" nominiert.

Deutliche Indizien sind auch David Lynchs Verwendung von Rammstein-Songs für den Film *Last Highway* und das begeisterte Mitsingen von einigen der internationalen Gäste bei der Veranstaltung im Tacheles. Hier durfte man den Eindruck bekommen, Rammstein stünden weniger für die viel beschworene "Neue Deutsche Härte" als für eine zugleich befremdende und faszinierende "Neue Deutsche Folklore".

Zwar lässt der internationale Erfolg anderer Bands noch auf sich warten, dennoch zeigt sich an Rammstein, wie wichtig es ist, einen erkennbaren Unterschied zu markieren, um den Aufmerksamkeitsregeln des globalen Musikbusiness zu ent-

sprechen. Dessen kategorischer Imperativ "Du musst dich unterscheiden !" zwingt diejenigen, die in der globalen Konkurrenz bestehen wollen, anders zu klingen, auszusehen und zu denken als der Rest. Wie andere Protagonisten setzen Rammstein deshalb ihr "Deutschtum" als vermarktungsfähige Abweichung ein, mit dem angenehmen Nebeneffekt, dass offensives Deutschtum (zum Glück) nach wie vor kontrovers aufgenommen wird.

So stellt sich eine zusätzliche Aufmerksamkeit ein, mit der Rammstein und Konsorten im wahrsten, ökonomischen Sinne des Wortes rechnen. Während viele andere Acts den Unterschied zur globalen Konkurrenz durch ihre jeweilige lokale Szeneerdung herstellen, benutzen "Neue Deutsche Härte"-Bands ihre nationale Herkunft als Einsatz im kulturellen Konkurrenzkampf: "Neue Deutsche Härte" statt "Sound of Cologne" oder "Hamburger Schule".

Tatsächlich fällt es schwer, lokale Einflüsse auszumachen: Zwar betonen bspw. Rammstein gerne ihre Herkunft aus dem Ostberliner Underground, doch dient diese Vorgeschichte nicht als Markenzeichen, das eine bestimmte Charakteristik der Musik verbürgen soll. Weil es wohl unglaublich bis peinlich wäre, eine lokale Verbundenheit zu betonen, wenn dem Lokalkolorit nicht ein Minimum an Bedeutung für Klang und Haltung der Band zukommt, setzt der im Falle Rammstein immense Marketing-Aufwand auf nationale Wiedererkennungswerte. Im Zweifelsfalle ist "Deutschtum" eben der Unterschied, der am einfachsten und schnellsten zu

haben ist.

"Für euch ist kein Platz"

Selbstverständlich kommt eine solche Differenzbehauptung nicht ohne Ausschlüsse aus. Obgleich auch der Sound der "Neuen Deutschen Härte" von amerikanischen und britischen Einflüssen durchzogen ist, stellt Christoph Schneider die Entstehung des Rammstein-Stils als das Ergebnis einer Abkopplung dar: *"Wir haben irgendwann gesagt, Schluss jetzt mit dem Kopieren von amerikanischem Crossover. Wir machen jetzt, was wir eigentlich können."* Und fügt hinzu: *"Das Ergebnis ist eben sehr deutsch ausgefallen."*

Abgesehen davon, dass die Orientierung an Vorbildern ja nicht zwangsläufig im "Kopieren" enden muss, klingt hier eine Kulturkampfrhetorik durch, wie man sie auch von Dieter Gorny kennt: nach jahrzehntelanger Abhängigkeit von der anglo-amerikanischen Kulturindustrie gelte es dieser nun als "deutsch" identifizierbare Produkte entgegenzusetzen. Die Vertreter der "Neuen Deutschen Härte" haben die "Deutsch-ist-wieder-cool"-Ideologie voll verinnerlicht.

Staat die Gebrochenheit und Hybridität "deutscher" Popkultur als produktive Ausgangsbedingung zu bejahen, meinen Rammstein & Co., ein angeblich durch fremde Einflüsse an den Rand gedrängtes deutsches Wesen wiederbeleben zu müssen: *"Uns geht es um eine Auseinandersetzung mit der eigenen Mentalität und Identität, die aus Schuldgefühlen bisher nicht stattgefunden hat"*, sagt Christoph Schneider. Wir sind wieder wer: logischerweise spielt deshalb der Austausch zwischen

unterschiedlichen (Migranten-) Kulturen, wie er bspw. in den für die Entstehung von HipHop in Deutschland so wichtigen Jugendzentren stattfand, in den Selbstfindungsgruppen der "Neuen Deutschen Härte" keine Rolle mehr.

Geradezu programmatisch klingt da der Untertitel *"Für euch ist kein Platz"* in dem stummfilmartig gestalteten Video zu Witts/Heppners "Die Flut". Obwohl - oder gerade weil - in Video und Songtext offen bleibt, für wen denn kein Platz ist, wird das Prinzip Ausschluss als solches allen möglichen Interpretationsweisen zur Verfügung gestellt. "Asylantenflut" und das Bild vom vollen Boot werden als Assoziationen bewusst freigegeben. Mögen diese Lesarten auch nicht zwingend sein - die Möglichkeiten des Weltbezugs, die hier dem Hörer an die Hand gegeben werden, haben mit Integration jedenfalls nichts zu tun.

Weil aber Popmusik immer dann am aufregendsten ist, wenn in ihr alles mögliche Platz hat, ist die "Neue Deutsche Härte" bei aller Provokation letztlich eine zutiefst berechenbare und eindimensionale Angelegenheit. Bleibt zu hoffen, dass ihre Fans nicht vor lauter Langeweile der Aufforderung des Sängers der offen rassistischen Band Kraftschlag folgen. Der wünschte sich kürzlich in einem Interview der rechtsradikalen Musikzeitschrift *Rocknord*, *"dass der Großteil der Leute, die sich die 'Neue Deutsche Härte' reinziehen, irgendwann den Weg zu unserer nationalen - Musik finden wird."*

Aram Lintzel

(zuerst erschienen in: *Stadtrevue* (Köln), August 1999)

NUR NOCH FORSCHUNG - DANK NAZI-DIKTION

Der rechtsextreme Professor Werner Pfeifenberger darf nicht mehr lehren

Der rechtsextreme Politikwissenschaftler Werner Pfeifenberger bleibt weiter im Staatsdienst tätig, wird aber nicht mehr an der Fachhochschule (FH) Münster lehren. Mit diesem Vergleich endete am 20. August vor dem Landesarbeitsgericht Hamm ein Verfahren, das die ehemalige Wissenschaftsministerin Anke Bruns gegen den Hochschullehrer angestrengt hatte.

Die fristlose Kündigung, die im September 1997 vom Ministerium ausgesprochen worden war, ist damit hinfällig. Studierende an der FH forderten schon lange die Entlassung Pfeifenbergers, der seit fast 25 Jahren in Münster lehrte. Immer wieder wurden seine Vorlesungen boykottiert.

Überregionale Schlagzeilen machte der Politikwissenschaftler 1995, als er unter der Überschrift "*Internationalismus gegen Nationalismus*" im Jahrbuch von Haider's FPÖ einen Beitrag veröffentlichte. Dort fabulierte er über eine Verschwörung der "*Internationalisten*" gegen den Nationalstaat und erklärte, dass "*die Juden 2000 Jahre für alles Elend in der Welt*" verantwortlich seien. Ein Wiener Journalist warf ihm deshalb "*Nazi-Diktion*" vor.

Pfeifenberger fühlte sich beleidigt und zog gegen seinen Kritiker in Österreich vor Gericht - erfolglos.

Ein Gutachten des Linzer Zeithistorikers Rudolf Ardeli wertete den Aufsatz als ein "vor allem polemischen, politisch-ideologischen Zwecken dienendes Pamphlet", in dem "Nazitöne" klar zu identifizieren seien.

Das Wissenschaftsministerium sprach daraufhin die fristlose Kündigung aus. Schon vor dem Arbeitsgericht Münster, das Pfeifenberger bemühte, blieb diese "außerordentliche Kündigung" allerdings ohne Bestand, weil Formalitäten nicht eingehalten worden seien. Keinen Erfolg hatte das Ministerium jetzt auch vor dem Landesarbeitsgericht in Hamm. Die Richter beendeten

den Streit stattdessen mit einem Vergleich. Demnach besteht Pfeifenbergers Arbeitsverhältnis unverändert fort. Seine Bezüge in Höhe von 9200 DM im Monat, die seit September 1997 nicht mehr überwiesen wurden, werden nachgezahlt.

Allerdings wird er nicht mehr an der FH in Münster lehren, sondern sich auf Forschungstätigkeiten beschränken. Außerdem soll Pfeifenberger, Jahrgang 1941, bereits nach Vollendung des 63. Lebensjahres aus dem Dienst ausscheiden.

"Wir sind zufrieden, dass Pfeifenberger nicht mehr lehren wird", kommentierte Stefan Proske vom Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) der FH den Vergleich.

Dass das Arbeitsverhältnis nicht gekündigt ist, käme allerdings einer Rehabilitierung gleich. Davon will Ministeriumssprecher Harald Wellbrock jedoch nichts wissen. Das Wissenschaftsministerium habe "*sein wichtigstes Ziel erreicht*", da Pfeifenberger nun nicht mehr lehren darf.

Auf die Ergebnisse seiner Forschungen kann man schon jetzt gespannt sein. Denn auf Distanz zu seinen Äußerungen ist Pfeifenberger in den letzten Jahren nicht gegangen. So stellte er im Sommer 1997 in dem Sammelband "*Jörg Haider - Patriot im Zwielicht ?*" die Frage, ob dieser sich von Deutschland abgewandt habe. Verlegt wurde das Buch, in dem prominente Rechtsextremisten wie Franz Schönhuber oder der DVU-Vorsitzende Gerhardt Frey zu Wort kommen, vom "Deutsche Stimme" - Verlag der NPD.

Martin Finkenberger (in: taz ruhrgebiet vom 26. August 1999)

POLIZEILICHE SCHIKANEN STATT DIALOG

Ein Tag im August, frühmorgens um 6.30.

Polizisten klingeln in einem kleinen Ort in der Nähe von Darmstadt bei einer kurdischen Familie an der Wohnungstür. Hausdurchsuchung - wieder einmal ! Der Grund: Ein Ermittlungsverfahren nach § 29 (Versammlungsgesetz), "Nichtbefolgen einer polizeilichen Anordnung bei einer Versammlung". Kriminalisierung als Antwort auf Dialogbemühen ?

Der Betroffene ist *Mahmut S.*, Kurde deutscher Staatsangehörigkeit, Vorstandsmitglied von YEK-KOM. Seit Jahren bemüht er sich in herausragender Weise um Deeskalation, Dialog und Verständigung, er gehört zu dem engeren Kreis von Mitarbeitern der Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland, deren Verantwortung explizit auf dem Gebiet der Verständigung zwischen KurdInnen und Deutschen liegt. Dabei hat sich Herr S. immer in kritischen Situationen darum bemüht, zwischen KurdInnen und der deutschen Polizei zu vermitteln und Verhandlungen zu führen, wenn die Gefahr bestand, dass eine Situation außer Kontrolle geriet.

So auch am 18. Februar dieses Jahres, zwei Tage nach Bekanntwerden der Entführung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan. In Wiesbaden fand eine spontane Aktion statt, ein Sitzstreik von Kurdinnen und Kurden vor dem Landesinnenministerium. *Mahmut S.* war an der Aktion beteiligt und trug durch seine geschickte Vermittlung zwischen den KurdInnen und der Polizei dazu bei, dass es trotz der Trauer und Wut der Demonstrierenden zu keinerlei Ausschreitungen kam. Als die Polizei nach einiger Zeit die Auflösung verlangte, überredete *Mahmut S.* die TeilnehmerInnen dazu, dem Ersuchen zu folgen. Trotz dieses Verhaltens wird jetzt gegen Herrn S. ermittelt; er weiß selbst nicht mehr genau, zum wievielten Male im Verlauf der letzten Jahre. Alle bisherigen Verfahren sind wegen Geringfügigkeit eingestellt worden, trotzdem hat die Polizei und haben die Gerichte anscheinend nichts Wichtigeres zu tun, als mit diesem Verfahren und der Hausdurchsuchung (bei der unter anderem -

welche Ironie ! - der neueste "Verfassungsschutzbericht" beschlagnahmt wurde) einen erneuten Kriminalisierungsversuch gegen *Mahmut S.* zu starten.

Wir als YEK-KOM werden unseren Deeskalationskurs und unsere Dialogbemühungen gegenüber deutschen Politikern, deutschen Behörden und auch gegenüber der Polizei fortsetzen - gemeinsam mit Herrn S. und den anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die gleiche oder ähnliche Aufgaben haben. Wir wünschen uns, dass diese Bemühungen endlich allgemein anerkannt und entsprechend beantwortet werden. Und vor allem fordern wir, dass nach nunmehr fast sechs Jahren das Betätigungsverbot für die PKK und die Vereinsverbote aufgehoben werden, die die Grundlage aller Kriminalisierungen der KurdInnen in Deutschland bilden. Wir verstehen es nicht, dass widerrechtliche Gefangennahmen im Ausland und Verschleppungen in die Türkei wie die von Abdullah Öcalan aus Kenia (einschließlich des Schauprozesses gegen ihn und der verhängten Todesstrafe) oder die neuerliche des in der Bundesrepublik Asylberechtigten Cevat Soysal aus Moldawien kaum gerügt werden, während andererseits die Betätigung für die PKK in Deutschland weiterhin mit harten Strafen bedroht bleibt. Wo bleibt da die Verhältnismäßigkeit ?

Wir bitten die LeserInnen dieser Erklärung, Briefe an das Wiesbadener Polizeipräsidium und das Hessische Innenministerium zu richten und deren unverständliches Vorgehen scharf zu kritisieren.

YEK-KOM, 3.8.1999

ERKLÄRUNG DES PRÄSIDIUMS DER ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK)



Foto: Leon Maresch

An unser Volk und an die Öffentlichkeit

'Legen wir alle kleinlichen Berechnungen zur Seite und beteiligen uns an dem Friedens- und Demokratieraufbau, der sich von Imrali aus für die Zukunft unseres Volkes und der Menschheit einsetzt.'

Gemäß der hohen Verantwortung, die unser Vorsitzender, Genosse Abdullah Öcalan, trägt, verabschiedete er am 2. August eine historische Erklärung und einen Aufruf für Frieden und Demokratie, die zweifelsohne einen historischen Wendepunkt für das kurdische und das türkische Volk darstellen. Diese historische Entscheidung - unabhängig davon, was bestimmte Kreise sagen werden - wird eine historische Bewertung erfahren.

Der große Aufruf unseres Vorsitzenden, der dem neuen Niveau des ehrenvollen nationalen Befreiungskampfes unserer Partei und unseren Bedingungen entspricht, erfordert diesen einzig gültigen Weg, die kurdische Frage zu lösen und die Demokratisierung der Türkei zu erreichen. Es ist die geschwisterliche Haltung, welche die Interessen der Völker in der Region und der Menschheit

vertritt. Mit diesem Aufruf wird unser einseitiger Waffenstillstand vom 1. September 1998 noch weitreichender und gelangt an einen konkreten Punkt.

Damit werden praktische Schritte aus den Ausführungen aus dem Imrali Prozess sowie dem Lösungspaket für eine demokratische Republik abgeleitet. Dieser Schritt ist die effektivste Vorgehensweise, um die verhinderte Demokratisierung der Türkei und die Verschlössenheit gegenüber der kurdischen Frage zu überwinden. Dieser Schritt wird alle Interessen und die Zukunft des kurdischen Volkes vertreten, allen Feindseligkeiten ein Ende setzen sowie den Frieden und die Brüderlichkeit entwickeln.

Entsprechend den vorhergehenden Erklärungen unserer Partei geben wir hiermit bekannt, dass wir auch der jüngsten Erklärung unseres

Vorsitzenden, Genossen Abdullah Öcalan, vom 2. August vollständig zustimmen und erklären, dass unsere Partei all ihre Arbeit in diesem Rahmen durchführen wird. Die Partei wird ihre ideologisch-politische, organisatorische und militärische Tätigkeiten ab nun auf der Grundlage der Erklärung unseres Vorsitzenden und im Rahmen der Schaffung einer Demokratischen Republik mit einer neuen Herangehensweise und in einem neuen Stil durchführen. Auch werden all unsere Beziehungen und unsere Bündnisarbeit diesem nicht widersprechen, sondern es vielmehr unterstützen. All unsere Parteiorganisationen und nationalen Befreiungskräfte werden mit einem großen Verantwortungsbewusstsein und hoher Disziplin für die Durchsetzung dieser Richtlinie und für die Erreichung des Friedens und der Demokratie arbeiten. Unser Volk, das seit Dutzenden von Jahren trotz großen Leides heldenhaft gekämpft hat, wird sehen, welche Bedeutung diese Bemühungen für sie haben. Es wird sich mit aller Kraft bemühen, das Ziel, welches der Vorsitzende Apo festgelegt hat, zu erreichen.

Mit der Erklärung unseres Vorsitzenden vom 2. August und den Schritten, die unsere Partei und unser Volk unternommen haben, wurde klar ersichtlich, dass im Rahmen einer friedlichen Lösung des Problems und einer demokratischen Entwicklung der Türkei die kurdische Seite sich verantwortungsbewusst, mutig, entschlossen auf eine Lösung orientiert und in diesem Rahmen die ihrerseits nötigen Aufgaben erfüllt.

Im Gegenzug zu unserem historischen Schritt auf der Basis der Befreiung der kurdischen Individuen und der Gesellschaft mit dem Ziel der demokratischen Entwicklung der Türkei haben wir nicht nur das Recht, von der Türkischen Republik die notwendige Verantwortung und Lösungsorientierung zu erwarten, sondern auch unser Volk und die Menschheit haben ein Recht darauf.

Die Erklärung unseres Vorsitzenden vom 2. August ist eine historische Chance für die Völker in der Türkei zur Erlangung von Frie-

den und Demokratie. Die Wahrnehmung dieser Chance wird die Türkei im 21. Jahrhundert in eine wichtige Phase der Lösung und Entwicklung führen. Dies zu schaffen und diese Chance zu nutzen, ist eine Aufgabe aller demokratischen und intellektuellen Kreise sowie der Werktätigen in der Türkei, deren Lösung sie nicht von anderen erwarten sollten. Diese Kreise müssen ohne Zögern ihrer Verantwortung aus ihrer schmerzhaften Lebenssituation heraus gerecht werden und die historische Bedeutung dieser Chance in ihrer Gesamtheit begreifen und mit einer sehr realistischen, verantwortlichen, entschlossenen und vereinigenden Herangehensweise die notwendigen organisatorischen und kämpferischen Schritte unternehmen. Das ist aus der Sicht ihrer Zukunft eine historische Notwendigkeit.

Dieser aktuelle Friedens- und Demokratieaufruf ist die Hauptbedingung, die die Zukunft des kurdischen und des türkischen Volkes bestimmen wird. Um auf der Basis dieses historischen Schrittes die Zukunft unseres Volkes in Richtung Frieden, Demokratie, Brüderlichkeit und Freiheit zeichnen zu können, rufen wir alle unsere Parteikräfte und das patriotische Volk dazu auf, mit hoher Sensibilität, Disziplin und all ihrer Kraft zu arbeiten. Im weiteren rufen wir alle kurdischen nationalen Kräfte auf, im Rahmen einer Einheit und Solidarität sich an dieser historischen Phase zu beteiligen. Alle Kräfte in der Türkei, die Demokratie, Frieden und Brüderlichkeit fordern, rufen wir auf, jegliche oberflächliche und zerstörerische Haltung aufzugeben und für diese hohen Ziele gemeinsam zu kämpfen.

Die Verantwortlichen der Türkischen Republik rufen wir auf, der Realität mit klarem Verstand, verantwortungsbewusst und respektvoll zu begegnen.

Abschließend rufen wir alle politischen und demokratischen Kräfte in der Region und der Welt dazu auf, die Lösungsbemühungen für dieses historische Problem zu unterstützen.

Präsidialrat der Arbeiterpartei Kurdistans

5. August 1999

NEWS AUS DEM RUHRGEBIET

Herne, 11.9.1999

Perspektiven einer neuen Friedensbewegung - Möglichkeiten der Kooperation im Ruhrgebiet
Am 11.9. fand in Herne-Wanne im Heinz-Westphal-Haus, Dorstenerstr. 262, von 14.00-18.00 Uhr eine regionales Treffen von Friedensinitiativen aus dem Ruhrgebiet statt.

Eingeladen hatte die Friedensinitiative Herne.

In ihrem Aufruf heißt es:

"Der Krieg hat dazu geführt, dass neue Friedensinitiativen und -gruppen gegründet wurden. Das Interesse für außen- und sicherheitspolitische Themen ist auch nach Kriegsende nicht erloschen. Wenn es stimmt, dass die neue NATO neue Kriege mit sich bringt, dann treten wir jetzt in die Etappe der Vorkriegszeit ein. Es wird an der Rüstungsspirale gedreht werden. Da Aufrüstung nun einmal Geld kostet, dürfen wir uns für die nächste Zeit auf verschärfte Verteilungskonflikte durch Militärprojekte einstellen. An dieser Stelle wird eine Kooperation zwischen Friedens- und Gewerkschaftsbewegung hochaktuell. Wir müssen nach neuen Wegen der Friedensbewegung suchen.

Um über die anstehenden Fragen zu diskutieren, laden wir alle Initiativen und Gruppen aus diesen beiden Bereichen zu einem Regionaltreffen in Herne ein.

Als Referenten haben wir eingeladen:

Felix Oekentrop (DFG-VK, Dortmund)

Eckhard Stratmann-Mertens (Grünes Netzwerk, Bochum)

Wolfgang Schaumberg (Betriebsrat, Opel Bochum)

Prof. Link (Literaturwissenschaftler, Uni Dortmund).

Abends findet im Haus die Anti-Kriegs-Veranstaltung der Herner Friedensinitiative statt."

(Die Ergebnisse des Treffens lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor).

Duisburg, 3. 9. 1999

Am Freitag, dem 3.9.99, wurden vor dem Duisburger Landgericht drei Nazi-Skins verurteilt: Stefan E. (20) zu zehn Jahren Jugendstrafe wegen Mordes, Gordon B. (17) zu acht Jahren Jugendstrafe wegen Totschlags, Oliver P. (22) zu lebenslanger Haft wegen Mordes.

Die Vorgeschichte:

Am 17. März dieses Jahres hatten sie sich in Duisburg-Walsum per Handy verabredet, "um ein wenig zu feiern und boxen zu gehen".

In einer Telefonzelle auf der Bahnhofstraße trafen die drei auf ihr erstes Zufallsopfer. Mit einer Bierflasche schlugen sie auf einen 44jährigen Mann ein. "Dann ist der Mann hingefallen und wir haben reingetreten", sagt Gordon.

Kurz darauf traten die Angeklagten im nahegelegenen Franz-Lenze-Park den 58jährigen Frührentner Egon Effertz nieder. Das Opfer erlitt massive Kopfverletzungen.

Danach griffen die drei jungen Männer einen Jugendlichen an, weil sie ihn für einen Türken hielten. Der Schüler musste stationär behandelt werden.

Doch sie hatten noch nicht genug.

Sie fielen erneut über den hilflosen Frührentner im Park her. "Oliver und Stephan traten weiter, bis ihnen das Blut ins Gesicht spritzte", berichtet Gordon.

Die spätere Obduktion ergab, dass Egon Effertz an den Folgen dieser Tritte erstickt sein muss.

Durch die Tritte auf seinen Hals wurde sein Kehlkopf zertrümmert.

Einen Tag nach diesen Taten hatten sich zwei der Angeklagten mit ihren Taten gebrüstet. Einer ihrer Bekannten sagte aus: "Die wirkten unheimlich stolz und haben gesagt: *"Da hast du tierisch was verpasst, wir hatten unheimlich Spaß"*.

Vor Gericht bekannten sich die drei voll Selbstbewusstsein zu den Skin-Fans des MSV Duisburg. In der Vergangenheit hatten sie ihre Freizeit mit dem Hören rechtsradikaler Songs, Biertrinken und Schlägereien rund ums Stadion verbracht.

Der 17jährige Gordon war im Januar zu zwei Wochen Jugendarrest wegen Körperverletzung und Zeigen des Hitlergrußes verurteilt worden.

Nach Verkündung des ergangenen Urteils appellierte der Vorsitzende Richter Fritz Ettwig an "die Gesellschaft", sie möge *"über dieses Verbrechen und seine Ursachen nachdenken"*.

Viele Jugendliche wissen aus Langeweile nichts mit sich anzufangen, suchen Unterhaltung zum Beispiel durch brutale Gewaltvideos. Der Mangel, für andere Gefühle zu entwickeln, greift immer rasanter um sich."

Dorsten-Schermbeck, 28.8.1999

In der Nacht vom 28. auf den 29. August terrorisierte eine Gruppe von Nazi-Skins auf einem Schützenfest in Dorsten-Schermbeck die Besucher. Angeblich hat es vor dem Festzelt eine handgreifliche Auseinandersetzung zwischen einem Nazi-Skin und einem ehemaligen Mitglied der Dorstener Fascho-Skingruppe gegeben. Im Verlauf der Prügelei hat sich das Geschehen in das Festzelt verlagert, wo dann sechs Nazis die Bühne gestürmt, Naziparolen gegrölt und den Hitlergruß gezeigt haben. Einer der Rechtsradikalen schlug mit einem Hammer um sich, verletzte aber niemanden.

Anschließend kam es vor dem Festzelt zu einer Messerstecherei, bei der zwei Skins und ein Besucher verletzt worden sind. Nach notärztlicher Versorgung befindet sich keiner der drei in Lebensgefahr.

Alarmierte Polizeikräfte aus Recklinghausen, Dinslaken, Wesel und Borken nahmen anschließend sieben Tatverdächtige fest, die aus Dorsten, Gladbeck und Gelsenkirchen stammen. Die Festgenommenen sind zwischen 16 und 23 Jahren alt, die Ermittlungen der Polizei dauern an.

(Information aus: Recklinghäuser Zeitung vom 30.8.1999)

Dortmund, 28. 8. 1999

Unter dem Motto *"Nein zur Todesstrafe - Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden jetzt"* versammelten sich (nach Angaben der Veranstalter) hunderttausend Kurdinnen und Kurden am 28.8.99 im Dortmunder Westfalenstadion zum 7. Kurdistanfestival.

Zahlreiche Redner, u.a. von PDS, B 90/Die Grünen und SPD, forderten die Türkei auf, sie sei jetzt "am Zuge", nachdem die PKK sehr weitgehende Friedensangebote gemacht habe. *"Das kurdische Volk hält der Türkei einen Ölbaumzweig in beiden Händen entgegen, als Zeichen des Friedens. Doch das soeben verabschiedete Amnestiegesetz ist keine Antwort, nur Augenwischerei"*, betonte der kurdische Politologe Haluk Gerger.

Er wies darauf hin, dass dies Gesetz nicht für die mehr als 10 000 politischen Gefangenen gelte, die in den türkischen Gefängnissen gefoltert und willkürlich ermordet würden.

Die Versammelten gedachten in einer Schweigeminute der Opfer des Erdbebens in der Türkei.

Die von DIDF verteilte Sonderausgabe in deutscher Sprache von *"EVRENSEL europa"*, die auf die Hintergründe dieser Katastrophe eingeht, fand große Aufmerksamkeit.

Kennen wir doch ...

Der neue Gouverneur will das rebellische Bergvolk mit noch härteren Mitteln als zuvor zum Gehorsam gegen die Fremdherrschaft zwingen; die Gefängnisse füllen sich, neue Militärstützpunkte werden errichtet, die Vergewaltigungen und Plünderungen durch seine Soldateska nehmen zu, der Widerstand der Massen freilich auch. Endlich vereinigen sich in den Bergen die drei Stämme zu einem gemeinsamen Bund, der geheim an der Befreiung arbeitet. Der unpolitische T. will nicht mittun. Aber er verweigert in der Metropole den öffentlichen Gruß der Machtpartei und er ist nicht bereit, auf seinen Sohn zu schießen. Daraufhin eingesperrt, entflieht er und glaubt sich nun moralisch gerechtfertigt, etwas gegen den Gouverneur zu unternehmen. Auf einem einsamen Bergweg erschießt er ihn trotz dessen schwerbewaffneter Leibwache. Diese tollkühne Tat stimuliert den allgemeinen Aufstand, der gegen die demoralisierten Besatzer siegt.

Der mutige Autor, der diese Geschichte als Theaterstück bewegend dramatisiert, kann mit knapper Not ins Exil entkommen, wo er freilich - in Deutschland - Probleme mit seiner Anerkennung als Asylbewerber hat...

Sie sagen, das kennen wir schon alles, was erzählen Sie uns denn schon wieder von Kurdistan...Sie irren: Der Autor heißt Friedrich Schiller und das Stück "Wilhelm Tell". Nicht zufällig war das Stück noch weit nach Schillers Tod in Deutschland verboten. Die siegreiche Revolution des Bergvolkes, die hat tatsächlich stattgefunden: Es war die Befreiung der Schweiz 1291, die die älteste und stabilste Demokratie Europas und eines der reichsten Länder der Welt begründete. Die Analogien sind lehrreich...

Jürgen Bargmann